

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat, 1,10 Mark pro Quartal, 3,30 Mark pro Semester, 11,00 Mark pro Jahr. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, 1,10 Mark pro Quartal, 3,30 Mark pro Semester, 11,00 Mark pro Jahr. Ausland: 2 Mark pro Monat, 6 Mark pro Quartal, 18 Mark pro Semester, 54 Mark pro Jahr. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beschlüssen-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (letztgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stellengesuche und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 6. August 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Stadt und Land.

Zur preussischen Verwaltungsreform.

Eine aufrichtige Verwaltungsreform kann nur eine demokratische sein. Sie wird sich nicht, wie Herr von Moltke, der Minister des Innern, will, zunächst mit den Landräten und Oberpräsidenten, also den politischen Beamten und der Erweiterung der Machtbefugnisse dieser Beamten, sondern vor allem mit der Gemeinde be beschäftigen. Diese ist die Grundlage aller Verwaltung. Der preussische Junkerstaat will aber von der Gemeindeform nichts wissen. Er zäumt das Pferd beim Schwanz zuerst auf und beginnt mit der Reform der Aufsichtsbehörden, um eine Erweiterung der Rechte der Gemeinden und wirkliche Selbstverwaltung unmöglich zu machen. Eine wirkliche aufrichtige Verwaltungsreform würde zunächst mal das Gemeindeprinzip einführen, also die berichtigte Gutsbezirksverfassung im Osten aufheben. Noch bestehen Hunderte von Gutsbezirken, die schon 1848 aufgehoben werden sollten. Daß die Aufteilung dieser Gutsbezirke in Gemeinden der erste Schritt einer Verwaltungsreform sein muß, ist für jeden nicht reaktionär denkenden Menschen selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die Gemeinden leistungsfähig sein müssen. Zwerggemeinden sind beinahe ebenso schlimm wie Gutsbezirke. Unsinzig sind auch die Doppelgemeinden in Westfalen und Schleswig-Holstein. Es wäre wahrhaftig keine schwere Arbeit, aus Gutsbezirken und Zwerggemeinden leistungsfähige territoriale Einheiten zu schaffen. Die Möglichkeit, außerdem noch Zweckverbände zu bilden, von der bisher so wenig Gebrauch gemacht wird, kann ja bestehen bleiben. Die ganzen Eingemeindungsschmerzen der Städte hören auf, wenn bei der Schaffung neuer Gemeindeverbände die wirtschaftliche Entwicklung — auch die der Zukunft — berücksichtigt wird. Was wirtschaftlich zusammengehört, muß zusammengelegt werden. Das ist ein Naturgesetz, dem die preussische Reaktion auch beim Schulgesetz sehr wider Willen Rechnung tragen mußte. Oesterreich ist 1849, 1850 und in späteren Jahren diesem Prinzip gefolgt und hat leistungsfähige Ortsgemeinden geschaffen. Bei uns ist die Schwierigkeit, daß der Kreis und der Landrat, dieser Vater aller Hindernisse, das größte Interesse an dem Fortbestand der Gutsbezirke, der Zwerggemeinden und der Eingemeindungsschwierigkeiten der Städte haben. In den Gutsbezirken macht man am leichtesten reaktionäre Wahlen. Die leistungsunfähigen Zwerggemeinden leben von der Gnade des königlichen Landrats, der ihnen fortgesetzt Regierungsunterstützungen verschafft, wofür sie ihm politisch zu Willen sein müssen. Die Eingemeindungsschwierigkeiten schätzt man, um die Städte gegen das platte Land und das letztere gegen die Städte auszuspielen zu können. Wo bliebe der Einfluß des Landrats, wenn Stadt und Land in Preußen einig wären und nicht fortgesetzt der Vermittlung des Landrats bedürftig. Wo beläme der Landrat Kreisstagsmajoritäten, wenn er nicht fortgesetzt nach dem Grundsatze des „Teile und herrsche“ infolge des Unterschieds zwischen Stadt und Land arbeiten könnte. Diese künstliche Unterscheidung zwischen Stadt und Land ist unsinnig und kulturfeindlich, unmodern und gemeinschädlich.

Daß Stadt und Land jetzt verschiedene Aufsichtsbehörden, verschiedene Rechte, verschiedene Verfassung, verschiedene Verwaltung, verschiedene Instanzenzüge haben, gibt der Reaktion die festesten Stützen. Zunächst macht dies die ganze Verwaltung in Preußen zu unübersichtlich und geheimnisvoll. Ferner wird durch die Unterschiede gewaltig ein Abgrund zwischen städtischer und ländlicher Kultur aufrechterhalten. Der ganze agrarische Zug hätte keine so freie Bahn, das agrarische Vandalentum fände viel mehr Hindernisse, wenn das Land dieselbe freiere Verfassung hätte wie die Stadt. Das Land hat bei uns kein richtiges Gemeindegeld und deshalb kein entwickeltes Staatsbürgerium, von Demokratie ganz zu schweigen. In der Schweiz ist es selbstverständlich, daß die Landgemeinde keine Verfassung minderen Rechtes hat. Bei uns drückt man den Landbewohner mit allen Mitteln der Gesehgebung und Verwaltung zu einem Wesen niedrigerer Kultur herab. Das fördert die feindselige Stimmung gegen die Städte und mit dieser Abneigung gegen die Städte arbeitet die Reaktion. Die Landjuden sind im allgemeinen schlechter wie die städtischen. Auf dem Lande fehlen Vabeanstalten, Volksleshallen, Arbeitsnachweise. Es gibt Leute, wie Söhntzen, die Bücher über „das Glück des Landmannes“ schreiben und dem Bauern den Gedanken beizubringen suchen, er sei ein anderes Wesen wie der Städter. Am liebsten zögen die Reaktionäre bei uns den Landleuten ihre alten Trachten aus dem 18. Jahrhundert wieder an. Die Reaktion behält in den Landleuten ihre alte Kerntruppe nur dann, wenn sie bei ihnen jede Kulturentwicklung möglichst aufhält. Daß sich die Landleute nicht baden, möglichst wenig lesen, von der Freizügigkeit keinen Gebrauch machen, ist für unsere konservativen Reaktionäre höchst wichtig. Sie sind böse über jedes städtische Sofa, das sich ein Bauer anschafft. Der Bauer muß ungebildet bleiben, sonst könnte er anfangen, sich als Staatsbürger zu fühlen und demokratisch zu denken. In den Städten die Entwicklung aufzuhalten ist unmöglich. Deshalb schnürt man die Städte vorsorglich ab und sucht mittelalterliche Grenzen zwischen Stadtgemeinde und Landgemeinde zu errichten. Diese Grenzen müssen fallen. Stadt und Land

sind in ihrem Wesen nicht so verschieden, daß sie völlig verschiedener Verfassung bedürftig. Das zeigt die Schweiz und Oesterreich. Die große leistungsfähige Landgemeinde hat dieselben Bedürfnisse wie die Stadt, soweit die Bildung und Geisteskultur der Einwohner in Betracht kommt. Auch das Land kann technische Kultur brauchen, Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Sparkassen. Es ist völlig überflüssig, daß die Landgemeinde bisher in allem vom Kreise bevormundet wird. Diese Bevormundung würde in der großen freistehlich verwalteten Landgemeinde nicht länger ertragen werden. Die leistungsfähige Gemeinde würde autonom sein und wirkliche Selbstverwaltung haben. Die wichtigeren Funktionen der inneren Verwaltung müßten wie im österreichischen Rechte Bestandteile des selbständigen Gemeindevirkungskreises werden.

In Oesterreich ist die Gemeinde eine vollständig freie Persönlichkeit des öffentlichen Rechtes und nicht ein Staatsorgan wie in Preußen. Die Gemeinde muß auch ihre politischen Interessen wahren, sie muß Anwalt ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen sein dürfen. Diese korporativ politische Bewegungsfreiheit ist in den preussischen Städteordnungen vorzüglich ausgeschaltet. Die Städte Preußens, die die politischen Rechte haben, sind meistens zurückhaltend und ängstlich. In Preußen wird alle administrative Tätigkeit der Gemeinde lahmgelegt durch den Umstand, daß sie außer in ihren Vermögensangelegenheiten nur Organ des Staates ist und daß ferner die im Namen des Königs gehandhabte Polizei in jede Angelegenheit, auch in viele Vermögensangelegenheiten, sich hineinmischen kann. Ein preussisches Polizeigesetz nimmt der Gemeinde in Polizeisachen jede Selbstverwaltung!

Wo in reinen Vermögensangelegenheiten noch Freiheit ist, da greift das Aufsichtsrecht lähmend ein. Wir brauchen also eine ausschließliche Gemeindepolizei, wie die Schweiz sie fast überall hat. Ist doch die autonome Handhabung der Polizei das älteste Gut auch der deutschen und preussischen Gemeinde bis zu den Zeiten des Absolutismus gewesen. Wir bedürfen ferner einer Fixierung des bisher kautschukartigen Aufsichtsrechts. In der Schweiz hat man die Fälle der Einmischung der Aufsichtsbehörde in die eigenen Angelegenheiten der Gemeinde gesetzlich festgelegt. Bei uns in Preußen kann der Regierungspräsident, wenn er Lust hat, die Kokspreise des städtischen Gaswerkes beanstanden. Die Ausübung des unumschränkten preussischen Aufsichtsrechts muß beschränkt werden auf die Fälle der Gesetzesverletzung, der Verfassungsverletzung und auf besondere Beschwerdefälle. Auch hier könnten österreichische Bestimmungen herangezogen werden. An dieser Stelle braucht auch nicht erst des längeren nachgewiesen werden, daß die verlangten Verwaltungsreformen, so wichtig sie an sich sind, nur Stückwerk bleiben, bis nicht die politische Reform, die Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in den Selbstverwaltungskörpern durchgeführt ist.

Der Generalausstand in Schweden.

Der große Kampf der schwedischen Arbeiterschaft hat kraftvoll eingeleitet. Bisher sind 250 000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Generalkonferenz hat demnach die tatkräftigste Zustimmung der gesamten Arbeiterschaft gefunden. Während in der gewerkschaftlichen Landesorganisation nur 165 000 Arbeiter vereinigt sind, von denen ein Teil, laut Beschluß der Gewerkschaftsvorstände, nicht am Kampfe teilnehmen sollen, hat eine Viertelmillion Arbeiter die Arbeit eingestellt.

Die Scherl-Presse, voran der „Lokal-Anzeiger“, sucht zwar in Deutschland die Auffassung zu verbreiten, der Ausstand sei verfehlt und finde nicht die erwartete Sympathie. Dabei telegraphiert der Lokalkorrespondent selbst seinem Blatte, daß die Fabriken stillgelegt seien!

Tatsache ist, daß die Arbeitermassen geradezu musterfällig den Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen haben. Soweit die Arbeiterorganisation reicht und sogar darüber hinaus, ist der Generalkonferenzfolge geleistet worden. Nur die organisierten Arbeiter in solchen gemeinnützigen Betrieben, die von den Gewerkschaften vom Streik ausgenommen wurden, arbeiten. Aber auch diese beabsichtigen nicht, sich auf Gnade und Ungnade den „herrschenden Gewalten“ in Staat und Gesellschaft gefügig zu erweisen. Die Stockholmer Gasarbeiter wenden sich bereits entschieden gegen die Heranziehung des Militärs. Sie fordern die Entfemung des Militärs von den Arbeitsplätzen der Gaswerke und wollen im anderen Falle die Arbeit verlassen.

Ein Privattelegramm aus Stockholm gibt folgende Situationsbeschreibung:

Stockholm, 5. August. Alles bisher glatt verlaufen. Die Gesamtzahl der Streikenden wird auf 250 000 geschätzt. Heute werden Verhandlungen um die Entfemung des Militärs von den Arbeitsplätzen der Gaswerke geführt. Falls das Militär nicht zurückgezogen wird, werden die Arbeiter am Freitag die Arbeit auch hier einstellen. Das vom Bürgerium gebildete „Schutzkorps“ soll dann den Betrieb aufrechterhalten.

Die Buchdrucker verhandeln wegen Aufhebung des Vertrages. Wahrscheinlich werden sie am Sonntag den Streik beschließen.

Der Tarifvertrag der Buchdrucker enthielt die famose Bestimmung nicht, die von den zentralisierten Unternehmerverbänden den meisten Gewerkschaften aufgezwungen worden ist, wonach Sympathiekämpfe während der Dauer der Verträge zugelassen sind. Daher hatten die

Buchdrucker zunächst beschlossen, sich abwartend zu verhalten. Durch Zusammenziehung des Militärs und andere Machinationen scheinen indes die Behörden die Arbeiterschaft demoralisieren zu erbittern, daß auch solche Arbeitergruppen sich dem Ausstande anschließen, deren Beteiligung von den Gewerkschaften zunächst nicht gewünscht wurde.

Die Eisenbahner haben, dem Wunsche der Gewerkschaften entsprechend, beschlossen, sich zunächst nicht am Ausstande zu beteiligen. Voraussetzung dabei ist aber, daß ihnen von den Eisenbahnverwaltungen nicht Arbeiten zugemutet werden, die ihnen nicht zulommen. Für die Dauer des Ausstandes werden sie ihre Solidarität dadurch tatkräftig bezeugen, daß pro Mitglied und Woche 5 Kronen an die Gewerkschaftszentrale abgeführt werden. Die Zahl der organisierten Eisenbahner beträgt 85 000, so daß also die Summe von 175 000 Kronen aus diesen Kreisen wöchentlich für die Kampfsenden aufgebracht werden.

Wie aus sonstigen in Berlin eingetroffenen Nachrichten hervorgeht, macht sich der Streik bereits nach dem ersten Tage stark fühlbar. Die Lebensmittel steigen rapid im Preise. Der Spirituoserverkauf ist im ganzen Lande unterlagert. Des Bürgeriums bemächtigt sich, wie Dr. Breitscheid der „D. J. a. W.“ drahtet, eine teilweise starke Verbotstät.

Der Kampf hat also eingeleitet, wie es sich einer gut organisierten, sich ihres Zieles bewußten Arbeiterschaft geziemt. Wird er so fortgeführt, wird der Sieg nicht lange auf sich warten lassen.

Stockholm, 5. August. (B. T. B.) Der Fachverein der Seeleute und Heizer beschloß, die Arbeit auf den Passagierdampfern in den Stockholmer Gewässern einzustellen. Der Verkehr mit kleinen Motorbooten, Fähren und Regierdampfern ist bereits eingestellt. — In Goetsborg haben die Schlichthausarbeiter die Arbeit niedergelegt. Das dortige Komitee für den Generalkonferenzbeschl. auch Eisenbahnarbeiter und Typographen zur Niederlegung der Arbeit aufzufordern.

Die Ereignisse in Spanien.

Aus Spanien liegen außer den stereotypen amtlichen Meldungen, daß im ganzen Lande und insbesondere in Barcelona, Ruhe herrsche, keine neuen Meldungen vor. Die Erzählungen von den Angriffen auf die Nonnen und Mönche werden jetzt überall als literale Lügen erkannt. Diesmal ist also den Herrschenden der Verleumdungsfeldzug nicht gelungen; im Gegenteil wird bestätigt, daß die Revolutionäre mit Heldenmut und Aufopferung gekämpft haben.

Wichtig ist nur, daß die Volksmassen sich nicht nur gegen die politische Unterdrückung und das frivole Kriegsabenteuer, sondern auch gegen die literale Geistesnacktheit erhoben haben. Kirchen und Klöster sind nicht nur in Barcelona, sondern auch in Maureja und Sabadell zerstört worden. Aber überall wurden die Injassen geschont. Dagegen haben die Mönche vielfach mit Gewehren und Revolvern auf die Angreifer geschossen und stellenweise so den Angriff abgewehrt. Ob dies Verhalten völlig den Lehren der christlichen Nächstenliebe entspricht, haben wir nicht zu entscheiden.

Die Regierung hat übrigens in einem wichtigen Punkte dem Verlangen des Volkes doch nachgeben müssen. Sie magt jene schändliche Bestimmung des Wehrgesetzes, das den Wohlhabenden gegen Bezahlung von 1000 Mark gestattet, sich von der Dienstpflicht zu befreien, nicht mehr in Anwendung zu bringen. Die Ungleichheit der Blutsteuer ist damit beseitigt.

In Nordafrika scheint die Sache übrigens für die spanische Regierung recht trübe zu stehen. Trotz der amtlichen Lügenmeldungen ist es offensichtlich, daß die spanischen Kruppen vor Melilla in immer härtere Bedrängnis geraten. Es gelingt den Rabplen stets aufs neue, die Bahnstrecke, die für die Verpflegung der Truppen unentbehrlich ist, zu zerstören, und die Ueberfälle auf vorgeschobene spanische Truppenabteilungen fügen den Spaniern wachsende Verluste zu. Diese Mißerfolge können leicht den Anstoß zum erneuten Ausbruch von Unruhen im Innern geben.

Ein neuer Generalkonferenz?

Gerbere, 5. August. Es verläutet mit großer Bestimmtheit, daß für morgen ein neuer Generalkonferenz in Barcelona zu besprochen sei. Es ist nämlich eine große Friedensfundgebung geplant und, falls diese von den Behörden verhindert werden sollte, soll sofort wieder der Generalkonferenz proklamiert werden.

Der Führer im Artilleriekampf.

Wien, 5. August. Der „Neuen Fr. Presse“ wird aus London telegraphiert:

Der erfolgreiche Sturm auf die Barrikaden in Barcelona am Donnerstag erfolgte unter Führung von General Brandeis, einem Deutschen, der seit dem Karlistenkriege, den er als Freiwilliger mitmachte, in der spanischen Armee dient.

Zu Barcelona.

Barcelona, 5. August. Ein Teil der Hejervetuppen ist aus der Stadt zurückgezogen worden. Starke Posten sind an verschiedenen Stellen der Stadt aufgestellt worden.

Vor Melilla.

Melilla, 5. August. Die Mauren haben gestern einen Proviantszug angegriffen und zum Rückzug gezwungen; die ihm zu Hilfe gesandte Truppenabteilung wurde ebenfalls angegriffen, seigte sich aber energisch zur Wehr und schlug den Feind in die Flucht. Eine Abteilung Kavallerie, die angegriffen wurde, tötete eine Anzahl Mauren, die übrigen flohen.

Ein Ueberfall.

Melilla, 5. August. Ein Regimentswagen mit Lebensmitteln und Munition ist von den Mauren überfallen worden. Mehrere Soldaten wurden verwundet.

Keine Verhandlungen.

Madrid, 5. August. Der Minister des Aeußeren Mendezalazar hat die Erklärung abgegeben, daß die Verhandlungen mit Marokko erst wieder aufgenommen würden, wenn die Schwierigkeiten bei Melilla behoben wären.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. August 1909.

Württemberg und die Reichsfinanzreform.

In der heutigen Sitzung der Zweiten württembergischen Kammer gab Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker, wie telegraphisch aus Stuttgart gemeldet wird, auf die Anregung mehrerer Redner folgende Erklärung in bezug auf die Reichsfinanzreform ab:

Ich begrüße die Gelegenheit, den Standpunkt der Württembergischen Regierung zur Reichsfinanzreform kund zu tun, und ich stehe auf dem Standpunkt Hauptmanns, daß die Regierung verpflichtet ist, in dieser Frage keinen Zweifel zu lassen. Viel Neues werde ich kaum mitteilen können, außer wenn man sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß man die Phantasien der Presse als bare Münze ansieht. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung hat dem neuen Finanzgesetz im Bundesrat schließlich durchweg zugestimmt, sie konnte nach Ansicht sämtlicher Mitglieder der Staatsregierung gar nicht anders handeln. (Sehr richtig! rechts.) Allerdings befand sich die Regierung in einer Zwangslage; sonst hätten wir uns auch wohl anders entschlossen. Aus Passion für die Art und Weise, wie die Finanzreform erledigt wurde, haben wir nicht zugestimmt. Die Regierung hätte aber ihre Pflicht vergessen, hätte sie der Zwangslage nicht Rechnung getragen. Ihren letzten Grund hatte die Zwangslage in der schlechten Finanzwirtschaft des Reiches in den letzten Jahren. Das Reich hat fortlaufende Ausgaben auf sich genommen, ohne für ordnungsmäßige Deckung zu sorgen. Daß Deutschland unter allen Umständen Geld brauchte, darin lag von Anfang an die schwache Position der Regierung. Die Sanierung der Reichsfinanzen war eine schwere nationale Sorge. Wir haben die Entwidlung der Angelegenheit zu einer parteipolitischen Sache aufs lebhafteste bedauert. An der Erbschaftsteuer haben wir stets festgehalten. Fürst Billow konnte darüber gar keinen Zweifel haben, daß wir ihm auf diesem Wege unterstützen würden. Passiv haben wir uns dabei nicht verhalten. Im Gegenteil. Wir haben unsere ganze Kraft dafür eingesetzt. Fürst Billow hat damals, als die Erbschaftsteuer vom Reichstage abgelehnt wurde, eine Auflösung des Reichstages aus sachlichen Gründen nicht für tunlich gehalten. Damit war auch in diesem kritischen Moment für die württembergische Regierung, sie mochte über die Auflösung des Reichstages denken wie sie wollte, diese Frage erledigt. Dies ergibt sich aus den einschlägigen Bestimmungen der Verfassung, wonach ohne den Reichsanwalt eine Auflösung des Reichstages unmöglich ist. Wir haben damit schweren Herzens auf die Erbschaftsteuer verzichtet, die wir im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit für politisch notwendig gehalten haben. Einen Trost haben wir: wir werden uns überlegen, ob wir uns die Reserve der Erbschaftsteuer für das Land heranziehen sollen. Wir beklagen lebhaft, daß sich die gesetzliche Bindung der Patrimonialbeiträge nicht erreichen lassen. Eine Remedur wird auf diesem Gebiete erst eintreten, wenn in der Wählerchaft eine solche Stimmung erzeugt wird, daß auch der Reichstag seinerseits auf die Anträge der Einzelstaaten genügend Rücksicht nimmt. Dabei erkennen wir an, daß wenigstens die gestundeten Patrimonialbeiträge vom Reich übernommen worden sind. Eine Auflösung war nicht in Aussicht genommen, zudem wäre sie zu dem gegebenen Zeitpunkt jedenfalls zu spät gekommen. Auch von einer Verlegung der Frage konnten wir uns nichts versprechen, da das Defizit täglich um 1 1/2 Millionen Mark stieg. Die Regierung mußte an das Ausland denken, das Schadenfroß auf uns sah. Wir haben nicht bezweifelt, wohin und jene höhere Pflicht ruf. Für die eingetretenen verschärften Partei- und Interessengegensätze sind wir nicht verantwortlich. Wir beklagen die Ansammlung von Agitationsstoff. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß die weitgehenden Versärfungen bezüglich der Reform nicht gerechtfertigt sind. Das private Wirtschaftsleben blüht. Dem ungesunden Luxus muß Einhalt geboten werden. Sparen müssen wir im Lande wie im Reich. Diese Tendenz haben wir schon bisher verfolgt. Zum Schluß spreche ich aus: Die neue Reichsleitung haben wir mit vollständigem bundesfreundlichen Vertrauen begrüßt.

Die Post als Steuerhinterzieherin.

Die Oberpostdirektion Berlin hat an die ihr unterstellten Postämter eine eilige Verfügung ergehen lassen, wonach der voraussichtliche Bedarf an Stählstrümpfen bis einschließlich Dezember d. J. noch vor Inkrafttreten der Steuer angefordert werden soll. Herr Wermuth, der neue Reichschatzsekretär, wird über diese Forderung der Reichspost außerordentlich erfreut sein.

Die Rechnung der Post kann aber auch ein Loch bekommen, denn in einer offiziellen Erklärung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur die Vorräte steuerfrei sind, die sich im Besitze von Privatpersonen befinden.

Auf die Auseinandersetzung zwischen dem Staatssekretär Kraetzle und Wermuth kann man sonach einigermaßen gespannt sein.

Erzbergers Diarrhöe.

Herr Rathlos Erzberger, das qualmende Kalblich von Biberach, hat eine große Vorliebe dafür, sich interviuen, das heißt sich ausfragen zu lassen und sich in seinen Antworten dann als den überlegenen Politiker aufzuspielen, der alle Ereignisse der letzten Zeit längst vorausgesehen hat. So hat er sich denn auch vor wenigen Tagen wieder von dem Korrespondenten des Pariser „Matin“ interviewen lassen und diesem gegenüber sich über die Zusammenkunft des Jaren Nikolas mit dem Präsidenten Fallières wie folgt geäußert:

Ich habe keinen Grund, als Deutscher die Kundgebung in Cherbourg pessimistisch zu beurteilen, da das Einberufen, wie ich es befürworte habe, einen großen Schritt vorwärts gekommen ist, und zwar in der von mir angegebenen Richtung. In der marokkanischen Frage herrscht völliges Einberufen, ebenso hat es sich in der Balkanfrage bewährt, und die gestern vom „Matin“ veröffentlichten Erklärungen Tawolatis werden auch in Deutschland Befriedigung hervorzurufen.

Den größeren liberalen Blättern ist diese krankhafte Neigung des jüngsten Mitgliedes der Zentrumsfraktion zur Schwachdiarrhöe sehr unangenehm. Die „Alln. Volksz.“ fertigt ihn z. B. mit folgenden Worten ab:

Man kann unmöglich annehmen, daß der Abg. Erzberger sich genau in dieser Weise geäußert haben könnte, aber man hätte wohl erwarten können, daß der Abg. Erzberger nach verschiedenen früheren unliebsamen Erfahrungen mit dem genannten Pariser Blatt endgültig darauf verzichtet hätte, sich von Vertretern ausländischer Blätter ausfragen zu lassen.

Organisation ländlicher Arbeitgeber.

In Wartenberg, einem Orte zwischen Bieritz und Greifenberg, wurde am letzten Sonntag ein Arbeitgeberverein gegründet. — Sechzig Bauern traten ihm sofort bei.

Als Zweck des Vereins wurde festgesetzt, die Löhne der Knechte niedrig zu halten; auch soll ein Arbeitsvertrag ausgearbeitet werden, da die Knechte zu viel Freiheiten genießen!

Ein Sternberg in Uniform.

Vor dem Posenen Kriegsgericht der 10. Division fand am Dienstag die Verhandlung gegen den Oberst Geher, den Kommandeur des 155. Infanterie-Regiments in Ostrowo statt, der verschiedener Sittlichkeitsvergehen beschuldigt wird, die auf den § 176 Absatz 3 des Strafgesetzbuchs Bezug haben. Die Affäre hat seinerzeit in der ganzen Provinz ungeheures Aufsehen erregt, zumal Geher als sehr tüchtiger Offizier galt und anscheinend ein glückliches Familienleben als Vater mehrerer Kinder führte. Die Angelegenheit wurde von der militärischen Behörde mit der größten Heimlichkeit betrieben. Geher war eines Tages nach einer Besichtigung in Posen verschwunden und es wurde behauptet und auch geglaubt, daß er sich auf einer Erholungsreise befinde. In Wirklichkeit war Geher vom Truppenübungsplatz Posen weg verhaftet und sofort in Untersuchungshaft genommen worden. Die Wahrheit klärte erst nach mehreren Wochen durch. Geher wird beschuldigt, sich an Mädchen unter vierzehn Jahren vergangen zu haben, und zwar in Hannover, wo eine Kupplerin einem ganzen Klub Lebemänner solche Mädchen zugeführt haben soll. Die Polizei hob schließlich das Nest aus und fand in der Wohnung eine ganze Anzahl Briefe, aus denen hervorging, daß die Kupplerin später an ihren Besuchern Erpressungen verübte oder versucht hatte. Darunter befanden sich auch Briefe an den Obersten Geher, die dieser uneröffnet hatte zurückgehen lassen. Die Hannoveraner Affäre wird demnächst in besonderer Verhandlung die Gerichte beschäftigen und dürfte noch verschiedene andere Herren bloßstellen.

Ueber die Verhandlung wird dem „Berl. Tagebl.“ weiter gemeldet:

Zu der Verhandlung sind im ganzen 28 Personen als Zeugen geladen. Darunter befinden sich nicht weniger als 18 Kinder, und zwar drei Knaben und zehn Mädchen im Alter von fünf bis elf Jahren

in Begleitung ihrer Eltern. Unter den Zeugen befinden sich ferner ein Polizeikommissar, einige Polizeiergeanten, mehrere Schuldiener usw. Das Gericht ist aus zwei Generalen und einem Oberst zusammengesetzt. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Simmler. Die Verhandlung leitet Kriegsgerichtsrat Vertram. Als psychiatrischer Sachverständiger fungiert Stabsarzt Sporenberger, Verteidiger ist Justizrat Ullmann. Der angeklagte Oberst nimmt ohne Degen und ohne Orden neben dem Verteidiger Platz. Vor dem Eintritt in die Verhandlung und vor Verlesung des Anklagebuchs beantragt der Anklagevertreter den

Ausschluß der Öffentlichkeit.

Nach kurzer Beratung gibt das Gericht diesem Antrage statt. Begründet wird dieser Beschluß durch die Gefährdung der Sittlichkeit.

Wie uns schließlich ein Privattelegramm meldet, lautete das Urteil gegen den Angeklagten auf neun Monate Gefängnis und Dienstentlassung. Der Verurteilte legte Verufung ein.

Die erkannte Freiheitsstrafe erscheint recht niedrig! Denn wenn der Angeklagte sich tatsächlich an fünf- bis elfjährigen Kindern vergangen hat — und das hat der Fall war, geht doch aus der Verurteilung selbst hervor — so ist das Strafmaß wirklich auffallend geringfügig!

Ausschiebung der Kaisermanöver.

Der württembergischen Zweiten Kammer ist heute ein Dringlichkeitsantrag der Volkspartei zugegangen, in dem die Regierung ersucht wird, mit Rücksicht auf die Verzögerung der ganzen Ernte, sowie auf die durch Einberufung der bäuerlichen Reservisten drohende Steigerung der Leutenot eine Verschiebung der bevorstehenden Kaisermanöver anzuregen. Das Haus hat die Dringlichkeit mit Zweidrittelmehrheit bejaht.

Wie Herr Giesberts die Verfassung andlegt.

In Essen, seinem Wahlkreise, hat Herr Giesberts, Mitglied der Schnapsblodpartei, eine Rede über die Reichsfinanzreform gehalten. Er führte eingangs seiner Rede die Schwierigkeit, unter der die Regelung der Reichsfinanzen leide, zum Teil auf die parteipolitische Gestaltung, zum Teil auf die eigenartigen Verhältnisse zurück, in denen sich das Reich bezüglich seiner Steuerquellen befinde. Nach Herrn Giesberts sind „Verfassungsgemäß alle direkten Steuern den Bundesstaaten vorbehalten, und das Reich ist angewiesen auf die Erträge von Post und Reichseisenbahn, der Zölle und der indirekten Steuern.“

Selbstverständlich ist das Unfinn; in der Verfassung weder des Reiches, noch der Einzelstaaten, steht etwas davon, daß direkte Steuern nicht für das Reich eingeführt werden dürfen, sondern den Einzelstaaten vorbehalten sind. Wir haben ja schon im Reich eine direkte Steuer: die Erbschaftsteuer, um deren Ausdehnung auf Kinder und Ehegatten es sich bei der Reichsfinanzreform handelte.

Herr Giesberts muß seine Effener Wähler recht tief einschätzen, daß er es wagt, ihnen derartigen Kohl vorzusetzen. Allerdings dürfte er in Verlegenheit gewesen sein, wie er ihnen die Ablehnung der erweiterten Erbschaftsteuer durch das Zentrum rechtfertigen sollte. —

Nach einem neuen Vergesse

rufft die „Deutsche Tageszeitung“. Nicht um den Vergessenen einen höheren Schutz zu verschaffen, vielmehr soll in dem neuen Vergesse dafür gesorgt werden, daß bei Anlegung neuer Gruben den Grundbesitzern möglichst hohe Preise gezahlt werden müssen. Herr Cartel will auf diese Weise von dem großen Gewinn, den die Vergessenen an sich ziehen, auch einen Teil den Agrariern zuwenden. Weiter werden höhere Entschädigungen bei Vergessenen verlangt, und zu diesem Zwecke wird angeregt, daß die Gruben gehalten sein sollen, sich zu einer Zwangsgenossenschaft zusammenzuschließen, damit auch diese Entschädigungen möglichst hoch ausfallen. Wenn Herr v. Bethmann Hollweg das Vergesse nach dieser Richtung hin reformieren wolle, werde er, so versichert das Agrarblatt, im preussischen Landtage bestimmt eine Mehrheit finden, die eine solche Vorlage freudig begrüßen würde.

Blödsinn.

Durch einen Teil der bürgerlichen Presse geht die Nachricht, daß die sozialdemokratische Fraktion beschlossen habe, im Reichstage eine Interpellation wegen der umfangreichen Bewachung der russischen

Kaiserstadt „Standard“ bei der Durchfahrt durch den Kanal einzubringen, und daß als Redner Genosse Dr. Diebnecht bestimmt sei.

Das ist etwas viel Blödsinn auf einmal. Erstens konnte die sozialdemokratische Fraktion eine solche Interpellation nicht beschließen, weil sie zurzeit nicht versammelt ist, und zweitens gehört Genosse Dr. Diebnecht bekanntlich dem Reichstage nicht an, er kann diese Interpellation also auch dort nicht begründen.

Die Folgen der Tabaksteuer.

Der „Alln. Volkszeitung“ wird aus Kreuznach geschrieben: „In der Gräffschen Zigarrenfabrik erhielten gestern eine große Anzahl Arbeiter ihre Kündigung, da zum 15. August mit einer Betriebsbeschränkung gerechnet wird. Seit Wochen ist vorgearbeitet worden, um ein großes Lager zu haben.“ Die entlassenen Arbeiter können sich, wenn für sie jetzt ein langes Hungerdasein anbricht, beim Zentrum bedanken.

Eine Ohrfeige für die ultramontanen „Arbeitervertreter“.

In einer öffentlichen Versammlung, die Ende voriger Woche auf Veranlassung des liberalen Bürgervereins in Bonn stattfand, nahm in der Aussprache auch der ultramontane Arbeitersekretär Klüber das Wort, der die Haltung seiner Partei in der Reichsfinanzreform zu verteidigen versuchte. Ihm entwiderte der Redakteur Dr. Willemer von der „Deutschen Wacht“, der Wochenschrift der „Deutschen Vereinigung“, der vorwiegend aus Katholiken bestehende Antizentrumsorganisation, die politisch konfessionell, im übrigen stark agrarisch gerichtet und in ihrer Mehrheit gegen die Erbschaftsteuer ist. Dr. Willemer, der Vertreter der „Deutschen Vereinigung“, hielt dabei dem Herrn Arbeitersekretär folgendes vor:

Ich begreife, daß ein Agrarier gegen die Erbschaftsteuer protestiert, aber wie Sie als Arbeiter und Vertreter von Arbeitern gegen die Erbschaftsteuer sein können, das verstehe ich nicht.

Das darf ein Vertreter konfessioneller und agrarischer Interessen einem Arbeitersekretär sagen — und der Arbeitersekretär mußte dazu schweigen.

Verlegung von Regimentern in andere Garnisonen.

Nach Beendigung der Herbstmanöver und der Entlassung der alten Mannschaften werden eine Reihe preussischer Regimente Garnisonwechsel vornehmen. Die Eisenbahnbrigade, jetzt aus drei Eisenbahnregimentern mit der Garnison Schneberg bei Berlin bestehend, wird auf zwei Regimente herabgesetzt, während das Eisenbahnregiment Nr. 3 nach Hanau übersiedelt. Die Garnison Hanau (2 Bataillone des Infanterieregiments 108) löst die Jägerbataillone 4 und 10 in Birsch ab, die in ihre alten Garnisonen Raumburg und Goslar zurückkehren. Die Infanteriegarnisonen Raumburg und Goslar werden wieder Jägergarnisonen. Das zuerst in Raumburg stehende 1. Bataillon des 7. Thüringischen Infanterieregiments Nr. 98 kommt nach Gera, wo bereits das 2. Bataillon liegt (das 3. Bataillon liegt in Kulobstadt), die jetzige Garnison Goslar, 1 Bataillon Infanterieregiment 108, wird nach Quedlinburg verlegt (das 2. Bataillon steht in Blankenburg).

Belgien.

Bereitlung des Achtstundentages.

Brüssel, 4. August. Der Senat hat heute die Abänderung des Gesetzes über den Maximalarbeits-tag der Grubenarbeiter, dessen ursprüngliche Fassung von der Kammer wiederhergestellt worden war, aufrechterhalten. Die Regierung hat zu der Frage keine Stellung genommen, da sie in den durch die Abänderung des Gesetzes zwischen Kammer und Senat ausgebrochenen Streit nicht eingreifen will. Die Kammer wird sich im Herbst von neuem mit der Frage beschäftigen.

Dänemark.

Die Sozialdemokratie und die Krise.

Kopenhagen, 4. August. (Sig. Ver.) Wie bereits berichtet, hat der König eine Konferenz mit den Fraktionsvorsitzenden sämtlicher Parteien — auch der sozialdemokratischen — einberufen, um über die Lösung der Ministerkrise zu beraten. In der Konferenz wünschten die Vertreter der konservativen und moderaten Gruppen einen neuen Versuch, die Landesverteidigungsfrage zu lösen. Der radikale Zehle empfahl ein provisorisches Ministerium, gestützt von „den 27“, den Radikalen und der Sozialdemokratie, mit der Aufgabe, ein neues Wahlkreisgesetz und die Stichwahlen durchzuführen, ehe man wieder an die Militärfrage herantrete. Der Vertreter der Sozialdemokratie, Genosse Knudsen, empfahl dem König die Einsetzung eines Geschäftsministeriums als den natürlichsten Ausgang der Krise, da ja keine Partei die Majorität habe. Das Geschäftsministerium sollte nur die Aufgabe haben, ein neues Wahlkreisgesetz durchzuführen. Knudsen versicherte weiter, daß das eine unabwiesbare Aufgabe der dänischen Politik und ihre Lösung die Bedingung für eine gesunde parlamentarische Entwicklung sei. Da der König dann die Militärfrage anschnitt, entwidelte Knudsen die Ansichten der Sozialdemokratie darüber, daß die Befestigung Kopenhagens eine Gefahr für das Land ist, und daß sie, mit ihrem Abrüstungsprogramm am besten der Neutralität Dänemarks zu dienen glaube. Die Sozialdemokratie befinde sich mit diesem ihrem Programm in Uebereinstimmung mit der ständig wachsenden internationalen Friedens- und Kulturbewegung, deren Grundstein der Zusammenschluß der Arbeiter ist. Bei Erörterung der europäischen Verhältnisse berührte der König die große Aussperrung und den Generalstreik in Schweden. Knudsen machte ihn aufmerksam darauf, daß diese Art Kämpfe gerade die Konsequenz der kapitalistischen Klassenteilung seien, welche zu beseitigen Aufgabe der Sozialdemokratie ist.

Nach der Besprechung gab Knudsen sofort der sozialdemokratischen Fraktion Kenntnis von dem Inhalt der Unterredung. Die Fraktion faßte alsdann folgenden Beschluß:

„Da das parlamentarische System durch die jetzige Wahlkreisenteilung verfaßt und auf die Dauer unmöglich gemacht wird, erklärt die Fraktion die Reform der Wahlkreisordnung für die wichtigste Frage des Augenblicks. Sie verlangt daher, daß sie vor der nächsten Volkstagswahl in Angriff genommen und gelöst wird.“

Die Lösung der Krise dürfte infolge der Zerspaltung der Parteien wohl noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Dieser Bericht unseres dänischen Korrespondenten ist in doppelter Hinsicht interessant. Einmal legt er den Vergleich der entwickelten politischen Zustände in Dänemark mit den zurückgebliebenen in Deutschland nahe. In Dänemark nehmen die Volksvertreter entscheidenden Einfluß auf die Bildung der Regierung, in Deutschland ist das eine Sache des persönlichen Regiments, die unter Umständen bei einer garten

Party erledigt wird, auf die aber die Parteien keinen Einfluß haben. In Dänemark ist das wichtigste Problem, welches Programm die Regierung vertreten soll, in Deutschland weiß kein Mensch, wie Herr von Bethmann Hollweg eigentlich zu regieren gedenkt. Deshalb muß in Deutschland auch der Reichstag zuerst heimgeschickt werden, bevor der Regierungswechsel erfolgt, während in Dänemark natürlich die Volksvertretung so lange beisammen bleibt, bis das Ministerium gebildet ist und der Kammer sein Programm entwickelt hat.

Dann aber zeigt dieser „Höfengang“ eines Sozialdemokraten sehr deutlich, wann ein Sozialdemokrat mit einem Monarchen in Verbindung treten kann. Knudsen kam als Vertreter der politischen Macht des Proletariats, als Dolmetscher der Anschauungen der Partei auf die Einladung des Königs hin, der die Meinung der stärksten Partei kennen lernen mußte, weil dies seine politischen Entscheidungen mitbestimmen konnte. Der Vertreter einer politischen Macht verhandelte mit einem anderen Vertreter politischer Macht. Von Gabelstühler und Loasten wird nichts berichtet.

Türkei.

Türkische Rüstungen.

Die kritische Frage verschärft sich zusehends. Die Pforte scheint, gedrängt von dem jungtürkischen Komitee, in dem die nationalistischen Stimmungen überwiegen, sich nicht mit der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes zu begnügen, sondern eine stärkere Betonung ihrer Oberherrschaft durchsetzen zu wollen. Daß die Griechen sowohl im Königreich als auf Kreta, wo sie die überwältigende Majorität ausmachen, gegen jede Schwächung ihrer Autonomie protestieren, ist begreiflich. Die Pforte aber droht mit Gewaltmaßnahmen und hat die Einberufung der Reserven in Stärke von ungefähr 40 000 Mann im Bereiche des zweiten Korps Smyrna angeordnet. Ferner hat die Regierung mit drei Dampfschiffgesellschaften Verträge über die Beförderung von Truppen und Schießvorräten abgeschlossen. In der ganzen Türkei herrscht lebhaftere Erregung, die noch durch die Agitation der Jungtürken, die der Regierung Schwäche und Nachgiebigkeit vorwerfen, gesteigert wird.

Die Abberufung der griechischen Offiziere.

Konstantinopel, 5. August. Gestern wurde im Ministerrat beschlossen, das Ergebnis der Unterhandlungen der Mächte in der Kretafrage vier Tage lang abzuwarten. Sollte es ungünstig ausfallen, so wird eine Note nach Griechenland gesandt werden mit der Forderung, die griechischen Offiziere aus der kretischen Miliz zurückzuberufen.

Die Haltung der Schuttmächte.

London, 5. August. In hiesigen diplomatischen Kreisen ist man über das Gebaren der türkischen Regierung in der Kretafrage verstimmt. Es wird darauf hingewiesen, daß ein offensives Vorgehen der Türkei, wie dieses geplant ist, nur zur Entsendung einer fremden Flotte in die türkischen Gewässer führen würde, da die Schuttmächte unter keinen Umständen einen ungerechtfertigten Angriff auf Griechenland dulden würden.

Unruhen.

Konstantinopel, 5. August. Hier sind Gerüchte über den Ausbruch erster Unruhen in Konstantinopel verbreitet. Die Pforte erklärt, keine Nachrichten zu haben.

Persien.

Die Lage in Südpersien.

London, 5. August. Wie das Neutürkische Bureau aus Teheran meldet, ist die Lage in Schiras weiter unbefriedigend. Saules e. d. D. Gulch steht jetzt wieder Keilen vor der Stadt, er hat aber versprochen, mit seinem weiteren Vorgehen noch drei Tage zu warten, in der Hoffnung, daß seine Forderung, einen neuen, besser geeigneten Gouverneur in Schiras einzusetzen, erfüllt wird. Die britische Konsulatswache ist durch fünfzig Sepoys und einige Kavalleriesoldaten mit einem Maschinengewehr verstärkt worden.

Amerika.

Auflösung des Volkstums.

Washington, 5. August. Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung die Tarifbill mit 47 gegen 31 Stimmen in der Fassung des Konferenzkomitees angenommen.

Zur Hofgänger-Affäre.

Zur württembergischen Hofgänger-Affäre tragen wir hiermit noch einige bedeutendere Äußerungen der Parteipresse nach. Die „Vremmer Bürger-Ztg.“ schreibt:

„Wenn unsere Partei die bürgerlichen Parlamente beschickt, so ist sie dadurch zum geschäftlichen Verkehr mit den Mitgliedern bürgerlicher Parteien gezwungen, und da ist es durchaus angebracht, daß sich dieser Verkehr in den Formen gesellschaftlicher Höflichkeit vollzieht. Dagegen wird kein Parteigenosse etwas einzuwenden haben. Innerhalb dieses gesellschaftlichen Verkehrs irgendwelche überflüssige Raubhebeligkeit hervorzuführen, wäre gewiß verkehrt. Aber darüber hinaus mit den „Volksberatern“ und „Volksvertretern“, mit denen „aufzuräumen“ man die hungernden Massen eben feierlich aufgefordert hat, auf offenem Markte feuchtschweißlich zu kniepen, das heißt in der Tat, der Sache der arbeitenden Klassen einen sehr schlechten Dienst leisten. Die sieben Schwaben sollten sich doch nicht von jener Flora Gschäben lassen, die Mätresse des „Kreuzzeitungs“ ritters Hammerstein, der eben im Reichstage gegen die zunehmende Anstößlichkeit gedonnert hatte und nun beim Glase Sekt von ihr hören mußte: Kinder, was treibt ihr für Komödie!

Da die sieben Schwaben unseres Wissens zu den Revisionisten gehören, so wollen wir kein Hehl daraus machen, daß wir solche Dinge ebenso scharf verurteilen, wenn sie von radikalen Mitgliedern der Partei begangen werden. Wir denken dabei zum Beispiel an die Beteiligung sozialdemokratischer Stadtverordneten an der neulichen Festfahrt der städtischen Behörden Berlins nach London. Wir ziehen diesen Fall auch deshalb an, weil er zeigt, daß der Fall der sieben Schwaben keineswegs vereinzelt dasteht. Einem Teil der Parteigenossen, die als Vertreter der Arbeiterklasse in bürgerliche Körperschaften delegiert sind, ist leider jener, um mit Marx zu sprechen, eine schamlose „Kontaktpolitik“ abhandeln gelungen, der ihm gebietet, lieber sämtliche Potentaten der Welt und sämtliche „Volksberater“ und „Volksvertreter“ vor den Kopf zu stoßen, als auch nur den geringsten Parteigenossen zu ärgern. Und hier handelt es sich nicht nur um den geringsten Parteigenossen, sondern glücklicherweise noch um die ungeheure Mehrheit der Parteigenossen.“

Der „Volkswille“ in Hannover meint, daß über die Angelegenheit viel zu viel Geschrei erhoben worden sei:

„Mit den Prinzipien der Sozialdemokratie“ hat diese „Hofgängererei“, die gewiß besser unterblieben wäre, nicht das mindeste zu tun; sie ist ausschließlich eine Sache des Geschmacks und des Tastes. Ich stelle auch entschieden in Abrede, daß durch eine derartige, wohl nicht reichlich genug überlegte Handlungswiese einzelner Genossen die Massen in der Wertung des Klassenstaates irre werden. Davon kann gar keine Rede sein. Hätte der Stuttgarter Korrespondent des „Vorwärts“ recht, dann könnte die Dreimillionenpartei sich ruhig begraben lassen. So oberflächlich sieht bei den Massen das Klassenbewußtsein glücklicherweise denn doch nicht, daß es durch solche unendlich bedeutungslose Vorgänge wie die Hofgängererei insanken geraten könnte. Ich kann auch nicht glauben, daß die „sieben Schwaben“ durch ihr Verhalten „wichtige Vorteile“ für die minderbemittelten Klassen zu erringen hofften; denn dann verdienten sie, als Dummköpfe allerersten Ranges des Mandats und aller Vertrauensstellungen für verlustig erklärt zu werden. Wöllig unbegreiflich ist mir, wie durch die Hofgängererei der „Juwel neu gewetzt“ wird. Welcher Juwel? Der im Vorjahre zwischen Nord und Süd ausgefochten worden? Wenn dieser Juwel gemeint sein sollte, dann könnten sich die sieben Schwaben mit Recht darauf berufen, daß sie das Opfer etwelcher Berliner Genossen geworden, die anlässlich einer Informationsreise von Berliner Stadtverordneten nach London an einer königlichen Tafel speisten und bürgerlichen Blättermeldungen zufolge bei einem Hoch auf den deutschen Kaiser von ihren Sigen sich erhoben. Wozu sind darüber vergangen. Die Kritiker der Schwaben hielten sich bis heute — mit ein oder zwei Ausnahmen — in tiefem Schweigen. Warum denn jetzt der Lärm? Was einem Berliner Genossen, der noch dazu — Parteivorstandsmitglied, recht, sollte doch den hiederigen Schwaben auch nicht allzu schwer angeteilt werden.“

Selbst wenn es sich nur um eine „nicht reichlich überlegte“ Handlung gehandelt hätte (nach den Äußerungen Hildenbrands war die Handlung aber sehr wohl überlegt!), um einen Mangel parteigenössischen Tastes, so wäre das schon sehr bedauerlich. Auch begreifen wir nicht recht den unerschütterlichen Glauben an das Klassenbewußtsein der — zum guten Teile wirklich der Erziehung noch recht bedürftigen — Massen, wenn die führenden Genossen nicht einmal ihre Handlungen recht zu überlegen vermögen!

Was aber den Berliner Fall anlangt, so liegt dieser denn doch wesentlich anders. So haben z. B. unsere Genossen nicht an der königlichen Tafel gespeist, der betreffenden Einladung vielmehr absichtlich keine Folge geleistet. Daß sie trotzdem in eine schiefe Lage gekommen sind, soll ebensowenig bestritten werden, wie wir einen Hehl daraus machen wollen, daß auch wir es lieber gesehen hätten, wenn die Genossen sich an der Reise nicht beteiligt hätten. Im übrigen würde sich zuletzt der „Vorwärts“ das Recht haben nehmen lassen, die Londoner Reise der vier Berliner Stadtverordneten zu kritisieren, wenn er nicht nach Lage der Dinge die Ueberzeugung hätte hegen können, daß ein ähnlicher Fall sich kaum wieder ereignen dürfte. Leider liegt nach allen bisherigen Erfahrungen in Sachen der württembergischen Landtagsfraktion Grund zu der gleichen Zuersticht nicht vor. Deshalb mußte scharfe Kritik geübt werden. Erfreulicherweise stellt sich jetzt auch das „Redar-Echo“ und die „Schwäb. Tagwacht“ auf den Standpunkt, daß der Besuch bei dem König besser unterblieben wäre. Trotzdem halten wir die ernststen Worte für überaus beherzigenswert und durchaus zeitgemäß, die das „Samb. Echo“ der Angelegenheit noch widmet:

„Wenn gewisse schwäbische Abgeordnete jedesmal, wenn sie für ihre Seitensprünge Rede und Antwort stehen sollen, ihre Mandate zur Verfürgung stellen, so sollte man sie einfach beim Worte nehmen! Sie sind weiter nichts, als Beauftragte der Partei, in deren Sinn sie zu handeln haben, und wollen oder können sie das nicht — gut, so mögen sie ins Privatleben zurücktreten. Ein Mandat ist kein Freibrief für „Anpassung“, sondern es legt Pflichten auf, deren Wahrung nicht geduldet werden darf. Halten sich etwa die Hofgänger für unerschlich? Halten sie sich für berechtigt, ihrer persönlichen Gelüste wegen die Partei zu kompromittieren? Sehr bezeichnend für die Art, wie diese Parlamentarier zu debattieren pflegen, ist Hildenbrands Floskel, er sei der „Leipziger Volkszeitung“ keine Rechenschaft schuldig. Er hat offenbar die „Leipziger Volkszeitung“, die nun einmal die bête noir der aufstrebenden Männer vom „besseren Ton“ ist, gar nicht gelesen; unser Leipziger Bruderblatt hat nämlich gerade in der Sache der Hofgänger die äußerste Zurückhaltung geübt. Doch das nebenbei! Die Entdeckung Hildenbrands, daß die württembergische Verfassung das Königtum vorsehe, ist gewiß ein Beweis außerordentlichen Scharfsinns; aber enthält denn die Verfassung, der man sich — nach Hildenbrand! — unterwerfen muß, auch die Vorschrift, daß man zum König frühstücken gehen müsse? Vielleicht schaffen weitere Verfassungstudien darüber Klarheit. Doch im bitteren Ernst: Sind wir richtig soweit, daß unsere Abgeordneten sich der Verfassung unterwerfen? Wir denken immer, die Sozialdemokratie trachte danach, die Verfassungen von heute zu beseitigen, und sie füge sich einseitig lediglich dem Zwange, etwa wie sie sich dem Zwange des Sozialistengesetzes fügen mußte, wie sie sich dem Zwange der verschiedensten arbeitereindlichen Paragraphen fügen muß. Zum Schluß sei Hildenbrands Zugeständnis unterzudehen, man habe gewünscht, daß es „Spektakel“ in der Partei geben werde. In Leipzig werden aber die Leute von der bewußten Richtung wieder die gewohnheitsmäßige Klage anstimmen, die „radikalen Störenfriede“ hätten den Sitz vom Baune gebrochen!“

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer „Terrorismus“.

In Eilrich — einem Städtchen im Wahlkreis Nordhausen — soll wieder mal sozialdemokratischer „Terrorismus“ verübt worden sein. Wenigstens nimmt die „Freisinnige Zeitung“ am Mittwoch dieser Woche aus dem Wiemersprachrohr, der „Nordhäuser Ztg.“, eine solche Legende auf und sorgt nach Reichverbandsmanier für deren eifrigste Verbreitung. Bei einer Arbeitergesangsvereinsfestlichkeit, die am letzten Sonntag stattfand, sollen nämlich die Arbeiter von den Geschäftsleuten unter Androhung des Wohlstands verlangt haben, sie müßten ihre Häuser schmücken. Kaufleute, Handwerker und Gastwirte sollen „terrorisiert“ worden sein ufm. Wer die Wahrheitsliebe der „Freis. Ztg.“ kennt, der war sich von vornherein nicht unklar darüber, daß es sich hier entweder um eine wissenschaftliche Fälschung oder um Aufbauschung bedeutungsloser Vorgänge handelt.

Mit dem „Terrorismus“ hat es nun folgende Bewandnis: Der Arbeitergesangsverein „Vorwärts“ beging ein Fest, und lud dazu die Brudervereine der Umgegend ein, da die Behörden, entgegen ihrer sonstigen Gesplogheiten, einen Umzug durch die Straßen freigegeben, so lag den Mitgliedern des „Vorwärts“ daran, die Gasse durch geschmückte Straßen zu führen. Sie unterbreiteten deshalb den Geschäftsleuten (die bei patriotischen Feiern keine Mühe scheuen, ihre Häuser zu bekränzen) ihren Wunsch und ersuchten, durch etwas Tannengrün, das vom Verein kostenlos abgegeben wurde, das Fest verschönern zu helfen. Dem ist auch nachgegeben worden.

Natürlich befanden sich unter den Geschäftsleuten auch Personen, die über das prächtig verlaufene Fest des „roten Vereins“

in heilloser Wut gerieten. Da diese ihren Groll nicht anders auszusetzen wußten, so erfanden sie für die freisinnige „Nordhäuser Zeitung“ die Terrorisismuslegende, die in der Zimmerstraße zu Berlin aufgefunden wurde und nun wohl in der bekannten Weise die Runde durch alle Klatschblätter machen wird.

Aus den Organisationen.

Die Jahreskonferenz des 3. braunschweigischen Reichstagswahlkreises (Holsmünden) tagte am Sonntag. Die Konferenz konstatierte, daß die Entwicklung der Partei im Wahlkreis den Wünschen der Parteigenossen durchaus nicht entspreche. Es wurde beschlossen, die Anstellung eines Sekretärs für den Wahlkreis zu verlangen. Als Reichstagskandidat wurde Genosse Anzick aufgestellt.

Der sozialdemokratische Verein Breslau beschloß in einer stark besuchten außerordentlichen Generalversammlung, zum Parteitag den Antrag zu stellen, die Reichsfinanzreform als besonderen Punkt zu verhandeln und einen Schnapsbesatz über das ganze Reich zu beschließen. Ferner: Ueber die Verhandlungen des Reichstages zur Finanzreform eine Knapp gehaltene Broschüre herauszugeben, die für Massenverbreitung geeignet sei. Ein weiterer Antrag verlangt eine Einwirkung auf die Errichtung von Dissidentenschulen. Bezüglich der „Gleichheit“ wurde ein Antrag angenommen, wonach diese in ihrer Eigenschaft als Hausfrauenblatt eine Erweiterung erfahren und achtstündig erscheinen soll. Zum neuen Organisationsstatut wurde ein Antrag angenommen, wonach Wahlkreise bis zu 1000 Mitgliedern (statt 500) berechtigt sein sollen, einen Delegierten zu entsenden, der Parteivorstand die Kosten der Delegation tragen und diese in Form eines einmaligen Beitrages von 10 Pf. pro Jahr und Mitglied von den Bezirks- und Landesorganisationen erheben soll.

Aus der Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreisvereins für den 1. württembergischen Reichstagswahlkreis (Stuttgart Stadt und Amt) brachten wir am Dienstag Referat und Diskussion zum Thema „Der Besuch bei Wilhelm II. von Württemberg“. Von den Berichten und den anderen Verhandlungsgegenständen tragen wir das folgende nach: Der Mitgliederbestand ist zurzeit 5752. Die Einnahme der Kreisasse betrug einschließlich eines vom Vorjahre übernommenen Restbetrages von 2031,50 M. zusammen 8575,23 M. Die Ausgaben betragen 5133,89 M. Darunter befinden sich Ablieferungen an die Parteikasse in Berlin 1255,76 M., an die württembergische Landesasse 2402,40 M. Es verbleibt ein Restbetragsstand von 3441,34 M. An den Geschäftsbericht schloß sich eine längere Debatte, in der verschiedene Wünsche auf lebhaftere Agitation und Ausnutzung der gegenwärtigen politischen Situation geäußert wurden. Der bisherige Kreisvorsitzende Genosse S. Mann-Stuttgart wurde mit 61 von 67 im ganzen abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Hildenbrand referierte über das Thema: „Politische Wandlungen im Reichstage“. Nachdem er das Verhältnis zwischen Konservativen und Zentrum bei den letzten Reichstagsverhandlungen gekennzeichnet hatte, führte er u. a. aus: Bündnisse abzuschließen sei zwar für die Sozialdemokratie weder möglich noch nötig, aber es sei auch nicht erwünscht, daß wir isoliert sind, sondern die Sozialdemokratie dürfe sie nicht verjagen, wo es gelte, eine antiagrarische Mehrheit zu bilden. Diese taktischen Gesichtspunkte würden in den nächsten Jahren neben den Bemühungen auf Ausbau unserer Organisation und Aufklärung der Massen zu beachten sein.

Zum Leipziger Parteitag wurde beschlossen, zwei Delegierte zu entsenden, die durch Unabhängigkeit gewählt werden.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei in Bulgarien.

Die bulgarische Sozialdemokratie hielt dieser Tage ihren XVI. Kongress ab. Aus dem bei diesem Anlaß herausgegebenen Parteibericht über die Entwicklung und Wirksamkeit der Bewegung verdienen insbesondere folgende Daten hervorgehoben zu werden:

Die Partei hat derzeit 54 Organisationen mit insgesamt 2427 Mitgliedern, darunter 86 Frauen. Interessant ist die Spezifikation nach der Beschäftigung. Danach waren 876 Handwerker, 157 Landarbeiter, 130 Fabrikarbeiter, 285 Handelsangestellte, 774 Lehrer und Beamte, 196 mit freiem Erwerb. Es gab in der Partei nur 10 des Schreibens und Lesens Unkundige. Es wurden 1290 Organisations- und Agitationsveranstaltungen veranstaltet, außerdem 615 öffentliche Versammlungen. Bei den Wahlen wurden für die Partei von 6 Orten 4410 Stimmen abgegeben. Die Entwicklung der Parteiliteratur spiegelt sich in folgenden Daten:

Die Parteibuchführung hatte

	1906	1907	1908	1909
Umsatz	41 530	84 686	100 000	124 092
Kapital	4 636	5 352	5 496	10 000
Gewinn	3 197	8 074	9 300	16 443

Man sieht, daß die aufblühende Parteitätigkeit von Jahr zu Jahr zunimmt. Periodisch erscheint das Blatt „Rabotnicestvo Dnestri“, die Monatschrift „Rovo Vreme“ und der Parteikalender „Trdni naroden Kalendar“, in einer Auflage von 15 000 Exemplaren. Behufs Gründung einer eigenen Druckerei wurde ein spezieller Fonds angelegt, der jetzt 6886 Lew. beträgt. Das Parteibuch erschien diesmal in 10 000 Exemplaren. An der Kaiserfeier nahmen circa 7000 Personen teil. Auch hier ist ein Zuwachs an Beteiligung zu verzeichnen. Die Parteikasse verzeichnete und verausgabte über 20 000 Lew. Auf dem Kongress hielt der serbische sozialdemokratische Abgeordnete Kacerovic aus Kragujevac einen Vortrag über die Aufgaben der Sozialdemokratie auf dem Balkan.

Jugendbewegung.

Igl. preussische gelbe Jugendorganisationen! Wie sie bisher mit der Beifolge die arbeitende Jugend von ihren Organisationsbestrebungen abhalten wollten und die bestehenden Jugendorganisationen zu zertrümmern suchten, so versuchen die preussischen Jugendhüter jetzt mit Jaderbrot die Arbeiterjugend zu ködern, um sie von ihren erwachsenen Klassenbewußten Kameraden fernzuhalten. Der Regierungspräsident in Düsseldorf versandte am 17. Juli ein Rundschreiben an die Oberbürgermeister und Landräte seines Bezirkes, das sie der Presse übermitteln sollten, damit diese verkünde, daß sich ein „Ausguck“ zur körperlichen, geistigen und sittlichen Förderung der schulenklassen Jugend“ mit dem Sitz in Düsseldorf gebildet habe, der durch Vermittlung der Leiter der Fortbildungsschulen die Jugend zu guten Untertanen erziehen soll. Es heißt da in Bezug auf die Jugend:

„Es soll in ihr ein Sinn geweckt werden, den sie von selbst unerfreulichen Einflüssen fernhält.“

Ferner: „Der Ausguck darf hoffen, daß seinen so wichtigen Bestrebungen staatliche und private Mittel reichlich zufließen; haben doch Staat und die Leiter großer Werke das größte Interesse an Bestrebungen, die den deutschen Nachwuchs verderblichen Einflüssen fernhalten.“

Der ganze amtliche Apparat wird für diese Igl. preussische gelbe Jugendorganisation in Bewegung gesetzt, die Organisation funktioniert vorzüglich, fehlt also nur die — Jugend, und sie wird dauernd fehlen, denn die Arbeiterjugend läßt sich so leicht nicht ködern!

Gewerkchaftliches.

Der unpolitische gelbe Lebius.

Die Dreifaltigkeit, mit der Herr Lebius die Dessenlichkeit über das Wesen der „Gelben“ immer wieder zu täuschen versucht, ist nicht zu übersehen.

Am 19. Juli d. J. brachte die „Welt am Montag“ eine Rottz über Wilow-Ehrungen. Darin war davon die Rede, daß Wilow auch von den, von den besseren Arbeitern verachteten „Gelben“ und reichstreuen evangelischen Arbeitervereinen zum Ehrenmitglied ernannt sei.

Diese Rottz hat den Horn des Herrn Lebius entfacht. Im „Bund“ seiner Frau Martha vom 24. Juli cr. schreibt er folgendes:

Berlin.

Die vaterländischen Arbeitervereine haben den bisherigen Reichszentralen fürsten Wilow zum Ehrenmitglied ernannt, und dieser hat die Ernennung in einem Schreiben dankend angenommen. Die „Welt am Montag“, die bekanntlich unter bürgerlich-demokratischem Deckmantel sozialdemokratische Politik treibt, nimmt das Schreiben des Reichszentralen an die vaterländischen Arbeitervereine zum Anlaß, in gewohnter Weise ein Geschimpfe gegen die „Gelben“ loszulassen. Der sozialpolitische Sachverständige der „Welt am Montag“ scheint also den Unterschied zwischen den politischen „vaterländischen“ und den unpolitischen „gelben“ Arbeitervereinen noch immer nicht begriffen zu haben. Wandler lernt's eben nie, wenn er sich auch selbst für einen hervorragenden sachverständigen Sozialpolitiker hält.

Zur Kennzeichnung der Unmoralhaftigkeit des „Bund“ werden uns folgende Briefe zur Verfügung gestellt:

Herrn Hoffmeister, R. Wolffsche Werke, Magdeburg-Vuckau.

Wertes Bürger!

Gestern wurde ich vom Förderungsausschuß angefragt und zu einer Audienz zu General v. Loebell kommandiert. Schriftlich war ich auch geladen. Ich bin aber nicht gegangen. Telephonisch erkundigte ich mich bei Sveda, um was es sich handelte. Da erfuhr ich, daß man über Sie sehr empört ist, weil man Ihnen in die Schuhe schiebt, den Magdeburger reichstreuen Arbeiterverein zu uns herübergezogen zu haben. Ich erwiderte Herrn Sveda, ich verstehe ihn gar nicht, weswegen er sich so erregt. Die Gelben müßten ihm doch ebenso lieb sein wie die Reichstreuen und deswegen müßte es ihm doch ganz egal sein, ob ein Verein zu den Gelben geht oder bei den Reichstreuen bleibe. Ich habe hieraus entnommen, daß der Förderungsausschuß wohl mehr auf Seiten der Reichstreuen steht. Nehmen Sie nur gar keine Rücksicht. Wenn ein Verein zu uns kommen will, so müssen wir ihm die Wege ebnen. Wann soll ich nach dort kommen? Schreiben Sie mir bitte recht genau und bald.

Mit freundlichem Gruß
Andolf Lebius.

Auch der nachfolgende Brief ist recht bezeichnend.

Herrn Prokurist Pfeiffer, Augsburg.

Sehr geehrter Herr Pfeiffer!

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß es nicht im Interesse der gelben Arbeiterbewegung liegt, in der Dessenlichkeit so sehr hervorzuheben, daß unsere gelben Arbeiter für die nationalliberale Partei eintreten. Vielleicht haben Sie im „Vorwärts“ gelesen, daß unsere Vertrauensleute in den Siemenswerken nationalliberale Flugblätter verteilt haben. Außerdem ist in Ihren Jahresberichten das Eintreten der Gelben für die nationalliberale Partei mitgeteilt worden. Wahrscheinlich in bezug hierauf ist der gelbe Verein der A. G. W. aus dem gelben Arbeitsbund ausgetreten. Sie wissen wohl, daß die meisten Berliner Industriellen freisinnig sind und daß sie keinesfalls ein Aufgehen der gelben Arbeiterbewegung in der nationalliberalen Partei gern sehen werden. Wir haben außerdem auch einen großen Teil freikonservativer Arbeitgeber, die ebenfalls nicht ohne weiteres damit einverstanden sind, daß unsere Gelben sich mit der nationalliberalen Partei gleichbedeutend betrachten. Ich bitte mich nicht mißzuverstehen. Es ist selbstverständlich, daß die Augsburger Gelben für die Nationalliberalen eintreten, das müßte aber nicht von Vereinwegen geschehen, sondern müßte Privatfache sein der einzelnen Mitglieder. Auch ist es besser, so etwas nicht an die Dessenlichkeit zu bringen. Ich denke, Sie werden sich meinen Ausführungen anschließen müssen.

Ich habe mich etwas darüber gewundert, daß Herr Chatelet, nachdem wir in Kiel freundschaftlich geschlossen haben, meinen Brief, in welchem ich ihm um sein Bild bat, nicht beantwortet. Meine Frau läßt sich für den Gruß bestens bedanken und erwidert diesen Gruß herzlichst.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Andolf Lebius.

Nach diesen Briefen ist die Behauptung des „Bund“ nichts als Spiegelscherelei und ein erneuter Versuch, über die Natur der Gelben zu täuschen.

Herr Lebius charakterisiert die Gelben verschieden: Einmal sind sie neutral und unpolitisch, dann sind sie wieder das Gegenteil, je nachdem, wie es gerade dem Geldbeutel der „Bund“-redaktion zuträglich ist.

Einmal werden die Unternehmer getäuscht, die mit den Bestrebungen des General v. Löbell nichts zu tun haben wollen, dann wieder wird der sogenannte Förderungsausschuß getäuscht, der nur politische und zwar „sogenannte reichstreue“ (das sind nationalliberale oder freikonservative) Arbeitervereine demutert. In allen Fällen aber sind die Arbeiter getäuscht, die mißbraucht werden zur Unterstützung arbeitfeindlicher Bestrebungen.

Berlin und Umgegend.

Generalaussperrung der Schlosser Groß-Berlins.

Eine starbeseuchte Versammlung der Schlosserinnungen von Berlin und Charlottenburg und des Arbeitgeberschutzverbandes für das Schlossereigewerbe, die Mittwochabend bei Krebs, Niederwallstraße, tagte, sagte, wie eine Korrespondenz meldet, mit 92 gegen 33 Stimmen den Beschluß, am Sonnabend dieser Woche abends sämtliche an der gegenwärtigen Lohnbewegung der Schlosser beteiligten Schlosser auszusperrn, falls bis zum Freitagabend nicht der Deutsche Metallarbeiterverband die Streiks bei den Geldschrankfabriken und einzelnen Bau-schlossereien aufgehoben hat. Wie in der Versammlung berichtet wurde, wird neben den Geldschrankfabriken noch bei mehreren Firmen von den Bau- und Kunstschlossern gestreift. Ein Antrag, zunächst nur 50 Proz. der Schlosser auszusperrn, wurde abgelehnt zugunsten des Antrages, der die Gesamtaussperrung verlangte. Die Aussperrung am Sonnabend wird sich zunächst nur auf die im Stundenlohn arbeitenden Schlosser erstrecken, die Akkordarbeiter sollen nach Fertigstellung der Akkorde ebenfalls entlassen und neue Akkorde zunächst nicht mehr ausgeben werden. — Wenn die Aussperrung in Kraft getreten ist, wird der Lohnkampf der Berliner Schlosser nahezu 6000 Arbeiter in Mitleiden-schaft ziehen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil gratis.

Achtung, Schlosser!

Heute abend findet eine Vertrauensmännerkonferenz statt (siehe heutige Versammlungsanzeige.)

Die Kollegen werden ersucht, die Vertrauensmänner der Schlosserbranche darauf aufmerksam zu machen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Töpfer!

Wegen Nichtbezahlung des Tarifes und Beschäftigung von Wilden und Dicksen sperren wir hiermit folgende Firmen: Otto Kojinsky, Tilsen-Walden-Str. 2. In Betracht kommen die Bauten: Weihensee, Langhansstraße 143, Sedanstraße 55 und Lichtenberger Straße. Weiter die Firma Straßl, Kommandantenstraße 16, und zwar den Bau Charlottenburg, Suarezstraße.

Desgleichen geben wir bekannt, daß die Firma Reinsberg in Seegefeld zum Spandauer Innungsamt gehört und somit den Berliner Tarif, welcher für den Spandauer Bezirk ebenfalls in Frage kommt, zu zahlen hat. Da selbiger aber den Tarif nicht zahlt, ist auch Reinsberg hiermit gesperrt.

Zentralverband der Töpfer und Verursagten Deutschlands.
Die Verbandsleitung.

Achtung, Former und Siebereiarbeiter! In Magdeburg steht eine größere Anzahl Former, Kernmacher, Fugler, Siebereiarbeiter und Siebereischlosser im Streik.

Wir erziehen, den Zugang nach dort fernzuhalten und auch ein wachsames Auge darauf zu haben, ob Agenten in Berlin sich zeigen, die versuchen, Arbeitswillige für Magdeburg anzuwerben.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Rieker städtischen Arbeiter.

Nachdem die Versuche, den Magistrat zu Verhandlungen unter unparteiischer Leitung zu bewegen, gescheitert sind, wurde am Dienstag eine Kommission der Streikenden beim Magistrat vorstellig, um mit ihm über die Bedingungen wegen Wiederaufnahme der Arbeit zu beraten. Der Kommission wurde bedeutet, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit den Ausständigen und Ausgesperrten ihre alten Rechte gewahrt bleiben sollten. Die Achtstundenschicht für die Ofenarbeiter der Gasanstalten werde ab 1. April 1910 verwirklicht. Bezüglich der allgemeinen Einführung des Neunstundentages und der Verbesserung der Lohnverhältnisse könnten aber jetzt keine bestimmten Zusagen gegeben werden, da auf Grund des Streiks irgendwelche Zugeständnisse nicht gemacht werden würden.

Die Streikenden und Ausgesperrten beschäftigten sich mit den Vorschlägen des Magistrats. Es wurde beschloffen, dem Magistrat folgende Resolution zur Zustimmung zu unterbreiten:

„Die Versammelten vertrauen den Zusicherungen des Magistrats, wonach den Streikenden und Ausgesperrten bei Wiederaufnahme der Arbeit ihre alten Rechte gewahrt bleiben, die Achtstundenschicht für Ofenarbeiter, Brückenleute und Kesselheizer in den städtischen Betrieben ab 1. April 1910 verwirklicht wird, mit den in kürzester Zeit neuzuwählenden Arbeiterausschüssen über die Einführung des Neunstundentages für die nicht in Beschäftigung stehenden Arbeiter, sowie über die Regelung der Lohnfrage in Verhandlung eingetreten wird, und je nach dem Ausfall der vorzunehmenden Abstimmung unter den bei der Stadtverwaltung beschäftigten Arbeitern, die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt wird. Unter diesen Voraussetzungen sind die Streikenden und Ausgesperrten bereit, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.“

Die Resolution wurde dem Magistrat unterbreitet.

Der Magistrat hat nun in seiner Sitzung vom 5. August folgendes beschloffen:

Die Einführung der Achtstundenschicht vom 1. April 1910 ab wird seitens des Magistrats nur für die Ofenheizer beantragt werden. Sonstige Verkürzungen der Arbeitszeit sind für den 1. April 1910 nicht zu erwarten.

Eine generelle Erhöhung des Lohnes der städtischen Arbeiter zum 1. April 1910 kann nicht zugesagt werden. Gelegentlich der bevorstehenden Etatsberatungen erfolgt aber eine Prüfung, ob an einzelnen Stellen die Lohnverhältnisse einer Ausgleicung bedürfen. Die Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung soll spätestens am 1. April 1910 erfolgen, jedoch unter der Voraussetzung, daß bei Abstimmung in den vereinigten Arbeiterausschüssen sich für die Einführung eine Mehrheit ergibt.

Unter der Voraussetzung, daß seitens der früheren Arbeiterschaft der Streik öffentlich für erledigt erklärt wird, wird eine Wiedereinstellung der alten Arbeiter in die noch nicht endgültig besetzten Stellen erfolgen, und zwar durch den Magistrat nach Anhörung der Betriebsleiter. Berücksichtigt werden nur diejenigen Arbeiter, die sich vor Beginn und im Verlaufe des Streiks vorwurfsfrei geführt haben. Die Wiedereinstellung erfolgt wie die von neuereinstellten Arbeitern. Doch soll eine Wiedereinstellung in die alterwordenen Rechte und sonstigen Vergünstigungen, wie der letztgezählte Lohn, Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen, Urlaub, Urgehalt, Hinterbliebenenversorgung usw. am 1. April 1910 erfolgen, wenn bis dahin die mit dem Streik verbundenen Arbeitsstörungen und sonstigen Ausschreitungen sich nicht wiederholt haben. Im übrigen wird von den einzelnen wieder eingestellten Arbeitern eine einwandfreie Führung vorausgesetzt. Eine fähigungslose Entlassung hat der Arbeiter namentlich dann zu erwarten, wenn er sich der Belästigung von Arbeitswilligen schuldig macht.

Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, daß die Arbeiter diesen Beschluß des Magistrats wie eine Verhöhnung ihrer Forderungen auffassen. Die Streikenden werden zu der Antwort des Magistrats Stellung nehmen und höchstwahrscheinlich die vom Magistrat gestellten Bedingungen ablehnen.

Der Streik dauert also unbeeinträchtigt fort.

Der Streik der Schneidmühlenarbeiter in Tilsit

dauert nun bald vier Wochen und noch ist kein Ende abzusehen, obgleich die Arbeiter mehrfach im Laufe des Ausstandes die Hand zum Frieden boten. Wie überall, so ist auch hier die Behörde den Unternehmern hilfreich behelgsprungen, besonders die Polizeibehörde haben alles getan, damit die „öffentliche Ruhe und Sicherheit“ nicht gestört wird. Städtische Wächter und Polizeiergeanten überwachen die „Ordnung“ im Streikgebiet, und dort, wo die meisten Wächler stehen, in Splittler-Stollberg, ist sogar Genarmarie aus den benachbarten Ortshäusern Gallas-Wilpden und Katowhlen unter Leitung eines Wachtmeisters stationiert. In vergangener Woche provozierten Streikbrecherbanden Zusammenstöße. „Militär mußte herbeigerufen werden.“ (schraben die Provinzialblätter, und erst als das Kommando zum Feuern gegeben wurde, stoben die Ausständigen auseinander.“) Zu Verhaftungen ist es nicht gekommen, sicherlich ein Beweis von der harmlosen Bedeutung der „blutigen Krawalle“. Die Ordnungsblätter lassen aber nicht nach, über „Unruhen“ Kunde zu geben. Schauergeschichten werden in Umlauf gesetzt. Das Ereignis, daß Tilsit zum erstenmal einen großen Streik durchlebt, wird doch ausgemerkt werden. Tatsache ist, daß unter den Streikenden ein losenbetwahrter Korpsgeist herrscht. Alle Lokale werden gemieden, in denen die Geschäftsinhaber der Streikleitung nicht gestatteten, die Unterstützungsgelder auszugeben; Tatsache ist auch ferner, daß einem Kaufmann der Militärbesuch entzogen wurde, weil er die Auszahlung der Streikgelder duldet. Das ist natürlich kein Terrorismus. Am Ende der vergangenen Woche hatten die Ausständigen das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Am Sonnabend um 5 Uhr nachmittags sollte Termin sein. Die Herren Arbeitgeber waren aber nicht gekommen. Jetzt wird eine weitere Einladung zu einem neuen Termin durch den Vorsitzenden des Gewerbegerichts erfolgen. Es sei hier noch erwähnt, daß durchaus nicht viel Arbeitswillige im Streikgebiet vorhanden sind. Nur teilweise kann eine Verladung der Güter vorgenommen werden, die Wächler selbst stehen fast immer still.

H. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Streik beendet. In Fürstentwalde an der Spree ist der Streik der Tischler nach 11 wöchentlicher Dauer, durch Abschluß eines dreijährigen Vertrages mit der Tischlerinnung, beendet worden. Der Vertrag bringt für die Tischler u. a. folgende Vergünstigungen: Die bisher 59 Stunden betragende wöchentliche Arbeitszeit wird auf 57 Stunden festgelegt. Eine weitere Kürzung von je 1 Stunde bei Lohnausgleich, tritt ab 1. August 1910 und 1911 in Kraft. Wird der Vertrag bei seinem Ablauf — 1. August 1912 — nicht verlängert, so gelangt ab diesem Datum die 54stündige Arbeitszeit zur Einführung. Die bestehenden Stundenlöhne werden sofort um 5 Pf. erhöht, der Mindeststundenlohn beträgt somit 45 Pf.

Der Verband der Friseurgehilfen

wurde vor 20 Jahren, im August 1890, gegründet. Wenn er es im ersten Jahrzehnt seines Bestehens noch nicht auf 1000, im zweiten Jahrzehnt nicht über 2000 Mitglieder gebracht hat, bei etwa 25 000 beschäftigten Gehilfen, so liegt dies an den im Barbier- und Friseurgewerbe bestehenden eigenartigen Verhältnissen. Die Gehilfen sind mit 23 Jahren schon zu alt, zu teuer, und werden als baldige Konkurrenten gefürchtet. Ihre Gehilfenzeit betrachten sie ohnehin als ein Uebergangsstadium zur Meisterei. Die ungünstigen Arbeitsbedingungen veranlassen die Gehilfen, sich so bald als möglich „selbständig“ zu machen. Die Bevorzugung der jüngsten, billigsten und willigsten unter ihnen zwingt sie dazu. Erst als „Selbständige“ werden die meisten gewahrt, daß sie vom Regen schlechter Arbeitsbedingungen unter die Traufe nicht minder mißlicher Existenzbedingungen gekommen sind. Doch dann ist es zur Selbsthilfe durch die Organisation auch schon zu spät. Die Gehilfenzeit währt in der Regel nur fünf Jahre, einschließlich der Militärdienstzeit. Die Organisation muß also ihren Mitgliederstand ständig erneuern; ihn außerdem zu vergrößern, ist eine recht schwierige und wenig fruchtbare Aufgabe. Die Jugend der Gehilfen, das patriarchalische Arbeits- und Vorkommenssystem, das Tringeldwesen, sowie das ganze Barbierstübchenmilieu führen dazu, das Leben von der leichtesten Seite zu nehmen.

Natürlich hat die Organisation auch mit der Gegnerschaft der Meisterverbände zu rechnen, die nichts unversucht lassen, um die Organisation am Aufkommen zu verhindern. Von den 44 000 männlichen und weiblichen Selbständigen, die bei der letzten Berufszählung im Hauptberuf den Beruf ausübten, sind über 25 000 in vier Verbänden vereinigt. Davon zählt der Barbier-Innungsbund allein etwa 20 000 Mitglieder, die fast über ganz Deutschland verstreut sind und durch ihre Arbeitsnachweise den Arbeitsmarkt völlig beherrschen. Daß die Innungsnachweise zugleich als Rahmregelungsbureau für „unbotmäßige“ Gehilfen fungieren, daraus macht dieser Bund kein Hehl. Im Gegenteil, er rühmt seinen „vorzüglichen Erlernungsdienst“, dem außer dem Arbeitsnachweis ein Attestbuch dient, das die Gehilfen führen müssen, um nicht an freiwilliger Arbeit verhindert zu werden.

Die Arbeitslosigkeit im Gewerbe ist ungemein groß. Nach den Angaben des Bundes befanden sich im Sommer vorigen Jahres unter seinen 19 881 Mitgliedern nur 10 418 Gehilfen; 9541 waren Lehrlinge. Im Winter werden noch einige Hundert Gehilfen weniger beschäftigt. Sonnabends und Sonntags dürfen die Stellungslosen ausbleiben, doch im Winter können nicht einmal alle zur Aushilfe gebraucht werden. Viele müssen umsitzen und kommen dann als Fabrikarbeiter in Organisationen anderer Berufe. In den Verbänden der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter usw. sind mindestens ebenso viele frühere Barbier- und Friseurgehilfen zu finden, wie im Friseurgehilfenverband.

In Würdigung aller dieser Umstände hat es der Kölner Gewerkschaftskongress für notwendig erklärt, daß die Mitglieder der Gewerkschaften die sich ihnen als Kunden der Friseurgeschäfte bietende Gelegenheit benutzen, um die Gehilfen auf ihre Organisation hinzuweisen, und den Geschäftsinhabern zu bedeuten, daß sie das Koalitionsrecht auch ihrer Gehilfen zu respektieren haben.

Seute ist es der Organisation noch unmöglich, ohne ständige moralische Unterstützung und Förderung durch die Gewerkschafts- und Parteigenossen vorwärts zu kommen. Mit der Zeit wird diese Unterstützung schon aus dem Grunde wegfallen und unmöglich werden, weil die mehr und mehr zunehmende Konkurrenz im Barbiergewerbe die Beschäftigung von Gehilfen in den Arbeitervierteln überflüssig macht.

Die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen werden dadurch charakterisiert, daß die tarifliche Mindestarbeitszeit wöchentlich 75 bis 84½ Stunden beträgt und daß erst an fünf Orten die organisierten Gehilfen reinen Geldlohn erhalten, dessen Höchsthöhe 20 bis 23 M. betragen. Obgleich verheiratete Mitglieder fast gar nicht in Frage kommen und die Unterstützungsanstalten des Verbandes verhältnismäßig recht gute sind, ist für viele Gehilfen der Wochenbeitrag von 60 Pf. zu hoch, weshalb der Verband eine zweite Beitragsklasse mit 80 Pf. einführt. Dadurch ist nun auch den schlecht Entlohntesten die Möglichkeit gegeben, sich organisieren zu können. — Wirken so alle Kräfte vereint für die Organisation, dann wird der Verband im dritten Jahrzehnt seiner Tätigkeit noch erspriehlicher für die Berufsgenossen wirken können.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Generalstreik.

Stockholm, 5. August. (Depesche unseres Spezialkorrespondenten.) Die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke Stockholms haben soeben gegen den Willen des Landessekretariats beschloffen, die Arbeit einzustellen, weil sie nicht unter Militärbewachung arbeiten wollen.

Die Furcht vor den Wählern.

München, 5. August. (B. S.) Gestern fand hier eine öffentliche Versammlung von katholischen Arbeitern und Arbeiterinnen statt. In derselben sprach Dr. Schäbler. Dieser pries die christliche Arbeiterschaft und verteidigte die Finanzreform des neuen Bldts. Es wird behauptet, daß man eine Diskussion nicht zulassen sollte, weil die Befürchtung nahelag, daß aus den Reihen der christlichen Arbeiter Angriffe auf die Steuerpolitik des Zentrums erfolgen könnten.

Schiffskatastrophe.

Kapstadt, 5. August. Von der Besatzung des schiffbrüchig gewordenen Dampfers „M a o r i“ sind sechs Mann ertrunken. Ueber den aus 54 Personen bestehenden Rest der Mannschaft liegen keine Nachrichten vor. (Siehe Vermischtes.)

Das Wichtige.

Frankfurt a. M., 5. August. (B. S.) Gestern nachmittag wurde das Juppelindemal auf dem Kornland bei Lypenheim eingeweiht. Es liegt an der Stelle, wo Graf Juppel am 14. August 1908 seine erste Landung vorgenommen hat.

Größter.

Budapest, 6. August. (B. S.) In T o b i s wüthete gestern ein großer Brand. Vierzig Wohnhäuser und die dazu gehörenden Nebengebäude wurden vernichtet. Zwei Kinder und ein Mann sind in den Flammen umgekommen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Soziales.

Ein wichtiger Arbeitsvertrag.

Ein Rechtsgelehrter, das gegen ein gesetzliches Verbot verstößt. Ist nach § 134 B. G. B. nichtig, wenn sich nicht aus dem Gesetz ein anderes ergibt. Demnach ist ein Arbeitsvertrag mit einem Minderjährigen, der kein Arbeitsbuch hat, oder die Ueberschreitung einer gesetzlichen Maximalarbeitszeit nichtig. Demnach hat der Arbeiter auf Grund der Vorschriften über ungerechtfertigte Bereicherung (§ 816, 817, 818 B. G. B.) und über Schadenszufügung einen Anspruch in Höhe eines angemessenen Lohnes.

Diese Rechtslage spiegelte sich in einem gestern vor dem Gewerbegericht verhandelten Prozeß wieder. Am 17. Juni hatte der Monteur Köhler gegen seinen bisherigen Arbeitgeber, den Installateur für elektrische Licht- und Kraftanlagen Friedrich Dahl, Oranienburger Straße 12, beim Gewerbegericht auf Zahlung einer Entschädigung von 54 M. wegen fristloser Entlassung und auf Ausstellung eines Zeugnisses, in dem ihm bescheinigt wird, daß er als Monteur und nicht als Hilfsmonteur beschäftigt war, geklagt. Er hatte ein obliegenden Erkenntnis erzielt. Dieses Erkenntnis faßt der Beklagte an, indem er gestern vor der 5. Kammer des Gewerbegerichts auf Rückzahlung der Entschädigungssumme klagte. Damals suchte er die Entlassung als mit dessen ungenügenden Leistungen zu rechtfertigen. Gestern berief er sich darauf, daß das Arbeitsverhältnis nach § 107 der Gewerbeordnung ein unfestliches war, das er nicht länger bestehen lassen durfte, wenn er sich nicht strafbar machen wollte. Er habe sich nämlich verführen lassen, den minderjährigen M. ohne Arbeitsbuch einzustellen. Dieser behauptet, daß er wohl im Besitz des Arbeitsbuches war, der Kläger habe es ihm nur nicht abgefordert. Dies sei aber kein Grund zur fristlosen Lösung des Arbeitsverhältnisses.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Wöfling wies die Klage ab. In den Gründen hieß es: Das Urteil vom 17. Juni ist rechtskräftig und demzufolge nicht anfechtbar. Trotzdem hat das Gericht die Entscheidung nachgeprüft. Auch der eingewandte Rangel des Arbeitsbuches, der überdies vom Beklagten bestritten wird, vermag am Urteil nichts zu ändern. Es ist richtig, daß minderjährige Personen ohne Arbeitsbuch nicht beschäftigt werden dürfen. Hat sich aber der Kläger zu einem Verstoß gegen diese Vorschrift verführen lassen, so muß er die gesetzlichen Folgen tragen und auch den dem Arbeiter gebührenden Lohn zahlen.

Bündholzschachteln als Agitationsmaterial.

Ein drohendes Stückchen ist dem unter freisinniger Leitung stehenden Konsumverein in Gdrlitz passiert. Infolge des großen Andranges nach Bündholzern konnte der Konsumverein unmöglich in Deutschland Bündholzer erhalten. Er wendete sich darauf an eine Bündholzfabrik in Böhmen. Diese fandte auch einen größeren Posten Schweden. Der Freude hierüber folgte der Schreck, als die Sendung ausgesperrt wurde. Sie enthielt — man denke sich den Schreck der freisinnigen Epigonen — „sozialdemokratische“ Bündholzer. Alle Schachteln trugen die Aufschrift unseres in Gdrlitz in Böhmen erscheinenden Bruderblattes:

Gebirgsbote

Sozialdemokratisches Organ für das Tier- und Riesengebirge, Vertowalung Gdrlitz a. R.

Arbeiter! Agitiert für eure Presse!

Das war zu stark! Für ein sozialdemokratisches Blatt konnte man in einem unter freisinniger Leitung stehenden Konsumverein keine Propaganda machen. Also blieb nichts anderes übrig, als den Versuch zu machen, die Bündholzer anderswo los zu werden, selbst wenn die eigenen Mitglieder darunter Schaden litten. So kamen denn die Herren auf den Gedanken, die gesamte Sendung der Leitung des Konsumvereins in Jittau anzubieten, von der man trauete, daß sie aus Sozialdemokraten besteht. Doch hier roch man den Braten ebenfalls. Eine Abgabe war die Antwort. Die freisinnigen Mannesgrößen werden es nun schon über sich ergehen lassen müssen, für ein sozialdemokratisches Blatt Propaganda machen zu müssen. Das Geschäft ist eben stärker als der Wille bei diesen Herren.

Diese originelle Art der Agitation durch Aufschriften auf Streichhölzern usw. wird in Oesterreich von unseren Genossen recht fleißig geübt und verdient Nachachtung. In Oesterreich ist es selbstverständlich, daß die Konsumvereine auch in sozialdemokratischem Sinne agitieren bei und hat man selbst während des Steuerkampfes hier von seitens der Großenkaufgesellschaft nichts gespürt. Wollen die Genossen, daß endlich die Konsumvereine mehr

von sozialdemokratischem Geist erfüllt werden, so sollten sie in größeren Massen den Konsumvereinen beitreten. Unstreitig vermag der Beitritt zu einem Konsumverein einen Teil der Steuerung weitz zu machen und: je mehr Mitglieder den Konsumvereinen angehören, desto leistungsfähiger sind diese und desto eher wird die Konsumleitung in sozialdemokratischem Sinne ausgebildet.

Neue Maßregelung eines technischen Angestellten in Augsburg.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten teilt mit: Bekanntlich wurde von der Maschinenfabrik Augsburg in jüngster Zeit ein gelber Beamtensverein gegründet, der gelegentlich der Wahlen zu den Angestelltenausschüssen der Handelskammern zum ersten Male in Aktion trat. Die von ihm aufgestellten Kandidaten fielen aber bei der am letzten Sonntag erfolgten Wahl glänzend durch. Dafür rächte sich die Maschinenfabrik Augsburg, indem sie den in ihren Dienst stehenden, von den organisierten Technikern gemählten Angestellten sofort ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entließ.

Was sagt die bayerische Regierung dazu? Werden die bahrischen Staats- und Kommunalbehörden nun endlich Maßnahmen treffen, die verhindern, daß in Zukunft Arbeiten aus öffentlichen Mitteln Firmen übertragen werden, die die persönliche Freiheit und das Koalitionsrecht der Angestellten mißachten?

Die alten Arbeiter.

In einer der letzten Nummern des „Figaro“ beschäftigt sich G. Labadie-Lagrave mit dem Schicksal der altgedienten Arbeiter, die man unter dem Vorwand, sich ein Recht zur Ruhe erworben zu haben, schon in verhältnismäßig frühen Jahren allen Qualen eines untätigen Lebens überliefert. Wenn es sich auch nicht bestreiten läßt, daß etwa dreißig oder vierzig Jahre angelegentlichem Arbeiterlebens die Kräfte verzehren, so wird dieser Ausfall an Arbeitskraft doch bei weitem durch den Ernst ausgewogen, mit dem der alternde Mann seine Pflichten erfüllt, und durch die reichen Erfahrungen, die er sich im Laufe der Zeit erworben hat.

Einer der bedeutendsten englischen Großindustriellen, Sir John Brunner, hat, wie die „Worlds Work“ mitteilt, auf Grund vielfähriger Beobachtungen festgestellt, daß auf das Personal seiner Fabriken, soweit es sich in dem Alter von 18—25 Jahren befindet, fast 8 1/2 Proz. aller Unglücke entfallen, daß sich aber diese Zahl bei den Arbeitern, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, auf 2 1/2 Proz. ermäßigt.

Im Anschluß an diese Statistik des englischen Fabrikbesizers verfolgt nun Labadie-Lagrave den Gegenstand weiter, und berechnet auf Grund vieler ihm zu Gebote stehenden Statistiken, daß die Zahl der Unfälle für Arbeiter, die sich im vierten Lebensjahrzehnt befinden, also etwa 30—35 Jahre alt sind, um 2,6 Proz. in diesen fünf Jahren sinkt. Von jetzt an geht es langsamer; wohl nehmen unter den älter werdenden Arbeitern die Unfälle ab, doch nicht in dem Maße, wie bisher. Eine Abnahme über das 51. Jahr hinaus ist überhaupt nicht wahrzunehmen, da auch die menschliche Klugheit und alle Vorsichtsmaßregeln ihre naturgemäßen Grenzen haben.

Wenn man nun die ausführlichen Arbeitsberichte der Worlds Work eingehend prüft, so wird man sehen, daß in den großen industriellen Betrieben vor allem die jugendliche Arbeitskraft gesucht wird und daß daher das Bestreben der großen Fabrikherren auf eine möglichst frühe Ausscheidung der älter werdenden Arbeiter gerichtet ist. Die Folgen dieses gewaltsamen Verjüngungsprozesses sind daher auch nicht ausbleiben, denn die Zahl der jugendlichen Leichtsinns und jugendliche Unerfahrenheit verschuldeten Unglücksfälle ist in den letzten Jahren in einer geradezu beunruhigenden Weise gestiegen.

Rur auf einem Gebiet, dem der Grubenarbeit, zeigt sich die kalt berechnende Ausscheidung älter gewordener Männer nicht. Gerade hier, wo durch das natürliche Vergehen der Kraft des Eingelerten der Tod von Hunderten herbeigerufen werden kann, hält man die Leute bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit im Dienst, ohne auf die Forderungen Rücksicht zu nehmen, welche die Sicherheit der übrigen Arbeiter gebieterisch erheischt.

Aus Industrie und Handel.

Schredliche Gefahr.

Auf eine schredliche Gefahr für Staat und Gesellschaft, die in dem Birtwart der inneren und äußeren Krisen und sonstigen Belanglosigkeit, wie die neuen Steuerlasten, leicht gänzlich hätte übersehen werden können, macht die „Deutsche Kohlen-Zeitung“ aufmerksam.

verbessernden Ideen unfruchtbar bleiben müssen, wenn sie nicht von einer ganzen Klasse getragen und im Kampfe in eine durch die Entwidlung der Produktionskräfte ermöglichte Wirklichkeit überführt werden.

Waldbrände. Die prächtigen Kiefer- und Tannenforste an den steilen Hängen des Liffenagletschers oberhalb Tarasp im Unterengadin sind jetzt das Opfer eines gewaltigen Waldbrandes geworden, dessen mächtige Flammen bis zu einer Höhe von 2000 Meter emporwallen, aller menschlichen Gegenwehr spotteten und einen fürchterlichen Schaden angerichtet haben. Zum Glück ist Europa verhältnismäßig selten der Schauplatz großer Waldbrände; in der Regel gelangt es, das Feuer bald einzuschranken. Die Heimat der großen Waldbrände, sind die gewaltigen Forste, die sich in Amerika und in Kanada über Millionen von Quadratmeilen hin erstrecken; erst im vergangenen Jahre wurden diese Gebiete von einer fürchterlichen Katastrophe heimgesucht, die wochenlang die kanadisch-amerikanischen Grenzländer mit Grauen und Entsetzen erfüllten, ganze Städte zerstörten und Tausenden von Einwohnern das Leben kosteten. In den „Lectures pour Tous“ wird an das schredliche Schicksal erinnert, das hierbei die Bewohner des kleinen Städtchens Mey erlebte, bei dem die Mehrzahl der Bevölkerung, meist elab-lothringische Auswanderer, einen graußigen Tod fanden. Seit August war kein Tropfen Regen gefallen, die gewaltigen Waldregionen lagen dürr und ausgetrocknet, als im Oktober der Waldbrand kam und mit rasender Geschwindigkeit bis zu einer Breite von 300 Kilometern anwuchs. Alle Abwehr war vergebens, Flucht die einzige Rettung. Aber die Flammen stürmten mit fürchterlicher Schnelligkeit vorwärts und schnitten Tausenden von Menschen den Weg ab. Von dem Giebelwerke Posen aus jagte man einen Zug nach Mey, um den Bewohnern eine letzte Fluchtmöglichkeit zu geben. Als der Zug eintraf, hatten die Flammen bereits das Dorf ergriffen. In wilder Hast särgten die Ueberlebenden sich in den Zug, der sofort mit Waddampf die Rückfahrt antrat. Aber auf dem Wege nach Miesburg verperrten verbrannte Baracken und ein in Flammen stehender Bahnhof die Fahrt. Weiterfahren hieß 200 Menschen dem sicheren Tode überliefern. Nur eine schwache Hoffnung blieb: zurück. Der Maschinenführer gab Kontrebampf und eine Minute später brauste der Zug mit den Flüchtlingen die Strecke zurück, auf der er gekommen. Möglich eine fürchterliche Erschütterung: der Zug stieß gegen das durch das Feuer niedergeworfene Gebälk einer Brücke. Es war zu Ende. Inmitten eines Meeres glühender Flammen lag der Zug fest. In wenigen Sekunden standen die Waggons in Brand. Der Feizer blähtete in das Wasserreservoir des Tendlers. Man fand später eine völlig verbrühte Leiche. Am nächsten Morgen brachten zwei mit fürchterlichen Brandwunden überhäufte Leute die gräßliche Kunde von dem Ende der Meyer Flüchtlinge nach Posen. Wie sie sich gerettet hatten, wußten sie selbst nicht zu sagen, aber ihre grauenvoll entstellten Körper zeugten von dem Verzweiflungskampfe, den die beiden einzigen Ueberlebenden gegen die Flammen geführt hatten. Aus den kleinsten Anlässen heraus erschrecken diese erschütternden Katastrophen, ein Punkt,

Rein, sie trompetet los, richtig von Angst gefollert, auf zum Kampfe gegen das Furchterliche. Sie quält sich ab zum Erbarmen für das Wohl des — Fortemonnaies der Kohlenhändler! Davon gehen die Schmerzen aus, die zum heiligen Krieg wider Umsturz und Revolution alarmieren. Der Kohlenbezug durch Konsumvereine ist es, der das fromme Gemüt in Aufruhr, den Staat an den Abgrund des Zusammenbruchs gedrückt hat. Hören wir die um der Welt Wohl besorgte „Kohlen-Zeitung“: In ihrer Nummer 81 orakelt sie also:

„Konsumvereine tragen zweifellos rein sozialistische Tendenzen an sich. Der Weg der Konsumvereine führt in den Zukunftsstaat, der bekanntlich ohne Thron, ohne persönliche Autoritäten, ohne moralische und individuelle Qualitäten eingeleitet und erhalten werden soll. Konsumvereine sind die wirtschaftlichen Hilfsmittel, mit welchen die Sozialdemokratie ihrem Ziele unentwegt nachstrebt. Die Beamten in Staat und Kommune gehen ihrer wirtschaftlichen Sicherheit und ihrer persönlichen Vorteile von heute im Zukunftsstaate bestimmt verlustig; warum aber gründen sie selbst Konsumvereine und unterstützen solche. Sie lägen sich unwillkürlich den Ast vom Baume, auf dem sie jetzt selbst so fest sitzen. . . . Zuletzt die Regierungen und die heutige Gesellschaftsordnung. Soll es nicht dahin kommen, daß eines Tages der Regierung und weniger Selbständiger nur noch die Masse der Unselbständigen (das ist so viel als ewig Unzufriedenen) gegenüber steht, so verbiete man einfach die Konsumvereine. Solche dürften den Fürsten auf ihren Thronen und den Kapitalisten eines Tages sehr gefährlich werden. . . .“

Nachdem das Blatt die Befahren all in den Kohlenhändlerstücken Korben geschildert und den festen Preis für Gefinnungstüchtigkeit, Thronschuß genannt hat, rafft es sich noch zu folgendem Schlusssatz — in Fettdruck — auf:

„Darum wehe den heutigen Nachhabern, wehe den Politikern, Parlamentariern und Journalisten, welche sich vom Konsumvereinsrummel ins Schlepplau nehmen lassen oder für die allgemeine Verregenshaftung werben; sie alle leisten dem Staat und seinen Bürgern einen schlechten Dienst. Das städtische Bürgertum degeneriert wirtschaftlich und alle kommunalen, sowie staatlichen Lasten müssen zuletzt von der Industrie allein aufgebracht werden. Die anderen liegen als Opfer des Systems auf der Wahlstatt und sind zu Proletariern und somit zu Feinden des Staates und der Gesellschaft geworden. Wird sich unter solchen Verhältnissen die Industrie auch noch halten können?“

Wehe, wehe über den „Nummer 1“

Bierversteuerung. In einer Versammlung des Vereins der Weibierwirte wurde beschlossen, den Preis für die kleine Weibe auf 13 Pf., für die große Weibe auf 25 Pf. festzusetzen. Der Beschluß entspricht der Vereinbarung, die zwischen den Brauereien und Gastwirten in einer Konferenz am 16. Juli zustande gekommen ist. Der Vorsitzende des Vereins, Stadtverordneter Zacharias, war gegen die Preiserhöhung und für eine Beibehaltung der alten Preise bei entsprechender Verkleinerung des Schankmaßes. Das neue Gesetz verbietet die Wasserzufuhr, nachdem das Bier die Brauerei verlassen hat. Da man nicht weiß, wie viel Wasser früher verwendet worden ist und in welcher Proportion die Wäscher jetzt in der Brauerei besorgt wird, läßt sich schwer ermitteln, in welchem Verhältnis der jetzige Ausschlag zu der Brauereiversteuerung steht. Zwischen den Weibierbrauereien und den Vertretern der Gastwirtsvereine ist folgender Preisvertrag vereinbart worden:

Der Mindestpreis für Maßbier beträgt für Birte 13 Pf., für Private 15 Pf. pro Liter, so weit die Brauereien schon bisher keine Höchsten an Private verkauft haben. Diejenigen Brauereien, die den Kleinverkauf erst einführen wollen, haben von den Privaten mindestens 16 Pf. pro Liter zu nehmen. Für Jungbier ist beim Verkauf an Private ein Mindestpreis von 15 Pf. pro Liter festgesetzt. Im Flaschenbierhandel kostet der Kasten mit dreißig Flaschen 2,50 M. für Gastwirte, Private haben 11 Pf. für die Flasche zu zahlen. Beim Ausschank von Maßbier soll der Mindestpreis 10 Pf. für 1/10 Liter betragen. In Kässern soll das Maßbier pro Liter 15—16 Pf. kosten. Maßbier in Flaschen kostet für Wiederverkäufer bei 30 Flaschen 2,00 M. (erste Qualität) und 2,40 M. (zweite Qualität); für Private beträgt der Preis 3,00 M. und 3,20 M. Die Weibe sollen nur dann Geltung haben, wenn die Lagerbierbrauereien nicht durch Unterbietungen eine Herabsetzung erforderlich machen.

Angedlich haben sich Brauereien und — Gastwirtsorganisationen nun schon dahin geeinigt, von dem in Aussicht genommenen exor-

der der Tabakpreise eines Jägers entfällt, ein vergessenes glimmendes Holzstückchen, das in dem eilig gelöschten Lagerfeuer eines Trappers zurückbleibt, vor allem aber die Funken, die aus dem Schornstein der Lokomotive emporwirbeln und vom Winde weitergetragen werden: sie lassen die Waldbrände entstehen, die Millionen an Holz verschlingen, Dörfer und Städte einäschern und dann Zehntausende zwingen, ihr mühsam erworbenes Heim in hastiger Flucht zu verlassen.

Streichhölzer aus Straß. Es ist zu erwarten, daß sich auf dem Gebiete der Streichholzindustrie infolge der Versteuerung der bisherigen Fabrikate die Erfindertätigkeit regen wird, denn wer jetzt dem aufgeregten Publikum im Preise der Streichhölzer um ein Weniges entgegenkommen wird, kann mit Sicherheit auf einen großen Erfolg rechnen. Schon ist die Neugierde von Bündhölzern mit zwei Bündlöschern angekündigt worden, jedoch erscheint dieser Ausweg etwas bebenflich, einmal wegen der größeren Gefahr einer ungewollten Entzündung, die für die Umgebung recht unangenehme Folgen haben kann. Zweitens, weil ein einmal abgebranntes Streichholz in die Schachtel zurückgefällt werden muß und dann leicht den Kerger verursachen kann, den die „Feu Pastern“ in der „Stromtid“ wegen dieser Gewohnheit täglich erleben mußte. Mehr Aussicht hat vielleicht der Vorschlag, das Straß verschiedener Gräser und Getreidearten als Ersatz für das Holz zu benutzen. Es würde in Stücke von geeigneter Länge durch Maschinen zu schneiden, dann zu trocknen und schließlich weiter nach dem gewöhnlichen Verfahren zu behandeln sein.

Humor und Satire.

Aus dem Vadeleben.

Die eheliche Untrene. Der Liebhaber zur Geliebten, die den Besuch ihres Gatten über Sonntag erwartet: „Und dabei bleib's, wie's ausgemacht ist; keine Untrene.“

Die guten Eltern. Die elegante Mutter berichtet ihren Vadebekanntschäften: „Die Seelst bekam unserm Kinde nicht, da mußten wir es zu den Grobheuern aufs Land schicken. Na, die werden es schön verziehen.“ — Das arme Kind wird derweil auf dem Lande verwahrlost und bekommt nicht satt zu essen und wird von der Kofskrau so angefahren: „Du Pariser Unrat, glaubst wohl, für die 80 Pf., die der Geizhals von Deiner Mutter zahlt, könntest Du alle Tage Hühnerbraten kriegen?“

Der Einheimische, der vom Fremdenverkehr nichts wissen will: „Verdammt Schmutzfinke. Sie werden uns noch die Fische vergiften, und unser Getreide durch ihren Atem verpesten.“

Städtische Kultur. Der Vordellwirt zur Unschuld vom Lande: „Ja wüßte einen guten Platz für Dich in Paris. Du hättest da gut zu essen, bekämst seine Kleider, gebürige Trinkgelder, könntest alle Woche einmal im Wagen ausfahren und sonst die meiste Zeit im Bett liegen.“ (L'Afficte au beurre.)

Kleines Feuilleton.

Tolstoi der Weltverbesserer als Familienmitglied. Dieser Tage ging durch die russische Presse eine Nachricht, die einen neuen Strich zu dem Charakterbilde Leo Tolstois fügt. Die Stadtverwaltung von Petersburg hatte die löbliche Absicht, für die Schüler der städtischen Schulen eine Auswahl der hervorragenden Werke des „großen Dichters der russischen Erde“ herauszugeben; ein Beginnen, das um so löblicher ist, als es von der vielberufenen Petersburger Stadtverwaltung ausgeht. Wenn gleich der Zweck der beabsichtigten Ausgabe den von Tolstiei verkündeten Grundsätzen durchaus entspricht, so wehrte sich doch die Gräfin Sofia Andrejewna Tolstaja geb. Wers gegen die Absicht der Stadtverwaltung, indem sie ausführte, daß die Veranstaltung solcher Ausgaben den Erlös aus dem Verkauf der Werke ihres Gatten schmälere. Nach diesen rein geschäftlichen Ausführungen bemerkt die Gräfin wörtlich: „Was speziell die Verteilung der Werke Tolstois an die Petersburger Schüler betrifft, so ist das kein Nikolajewitsch vollständig gleichgültig, da seine Sympathien den bürgerlichen und nicht den städtischen Kindern gehören.“ Mit dieser letzteren Bemerkung stellt die Gräfin ihrem Gatten ein Zeugnis aus, das keineswegs schmeichelfhaft ist. Nach dem Weisheit der Gräfin wandte sich das Stadtamt von Petersburg unmittelbar an den Grafen Tolstoi, mit dem Erbieten, ein zu bestimmendes Honorar zu erlegen. Auf diesen Brief an den Grafen erfolgte wiederum eine abschlägige Antwort von der Gräfin, in der sie nochmals betont, daß die Veranstaltung einer Schülerausgabe die Interessen ihrer Familie verletz.

Tolstoi hat als Person auf den Ertrag seiner Werke, der ihm nach bürgerlicher Auffassung ja durchaus zusteht, verzichtet. Da er aber sein Vermögen auf seine Familie übertragen hat, so beansprucht diese das Verlagsrecht. Man sieht daraus, daß die individuelle Gesellschaftsform ein Ding der Unmöglichkeit ist, da Tolstoi mit seinen Ueberzeugungen ebenso an seiner Familie scheitert, in deren Schoß er verblieben ist. Und in der Tat ist der Kontrast zwischen Tolstoi als individuellem Menschen und Tolstoi als Familienmitglied allzu groß, um nicht zu bestreben. Gönnlich weisen reaktionäre russische Blätter auf den Widerspruch hin: Tolstoi predigt die größte, an Selbstvernichtung grenzende Selbstlosigkeit; er geht darauf umher und hält sich in bürgerliche Gewänder. Die Welt bestaunt den Philosophen von Jasnaja Poljana, und die Zahl seiner Anhänger ist Legion. Währenddessen entwidelt die Gräfin ihren regen Geschäftssinn. Sie vertritt die der Nation zur Verfügung gestellten Werke ihres Gatten. Man weiß, daß die Bauern von Jasnaja Poljana für die Güte-Länderer die höchsten Pachten zahlen, daß sie von der Gräfin in jeder Weise gefördert werden, und daß diese Bauern zu den ärmsten und unwissendsten des Gouvernements gehören. Die Menschenliebe des Grafen Tolstoi, die über den ganzen Erdball wärmend strahlt, erreicht seine Bauern nicht — sie bleiben in Dunkel und Armut. Der Sozialist wird in diesem Falle auch nur die ihm längst zum Bewußtsein gekommene Tatsache bestätigt finden, daß alle welt-

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppelkonzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 8 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder u. 10 Jahren die Hälfte.

Herrnfeld Theater
Frau Elkam's Friseur.
Meine - Deine Tochter.
Beide Komödien mit den Autoren
Anton und Donat Herrfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Ab 7 Uhr: Promenaden-Konzert im
schattigen Sommergarten und Pergola.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Straßburger Str. 122.
Die Grille.
Von Carl Birch-Helmer.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Auf der Gartenbühne Anfang 4 1/2 Uhr.
11 u. 12: Der geheimnisvolle Mr. Tait
Erstklassige Spezialitäten.

Königstadt-Kasino.
Helmstraße 72 (Ecke Alexanderstr.)
Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten
bei ungünstiger Witterung i. Saale.
Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung.
Wette mit Gelang von Tardoff.
Elly Burgols, Duett Herrmann, Heinz
Heuer, Harves und Horves, Loewe-
Lassen und erstklass. Spezialitäten.
Kinf. hochent. 8. Sonntags 5 Uhr.

Elysium
Landsberger Allee 40/41, Ecke
Petersburger Straße.
Heute sowie täglich
im prachtvollen Naturgarten:
Vorstellung
abwechslnd von
drei der bestrenommiertesten
Sängergesellschaften.

Walhalla- Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
D. neuen August-Spezialitäten
Prem: Im Garten-Konzert.
Singen u. Tanzen im Traumland.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.
Auf d. Vorstellung montags 7 Uhr.
Konzert 6 Uhr. Sonnt. 6 u. 8 Uhr.
Garteneröffnung 3 Uhr.
Neben Montag Glühtag, Spezial-
itäten und Solos der „Lustigen
Sänger“.
Bei Regenwetter Vorstellung im
großen Theater-Saal.

Schweizer - Garten
Am Königsloc. Am Friedrichshain
Täglich Anfang 4 u. 5 Uhr
Entree 30 Pf.
Theater-Vorstellung
Spezialität: D. neue Augustprog.
Kinematograph, Volksbelustigung.
Jed. Ab. 10 Uhr: Sebens-
10 Uhr: Leute von heute. Bild.
Jed. Mittwoch: Kinderfreudenfest.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/18.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Krit. Leitung: Walter Gravenitz.
Neben Donnerstag: **Elitetag.**
Während und nach der Vorstellung
Tanzkränzchen.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Vorgangarten
haben montags Gültigkeit.
Entree 15 Pf.

Volksgarten - Theater
früher Weimanns Volksgarten.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Ella Vera X Lota Droll X Otto Bayer
The Horleys X Brothers Volmer
Der Affensublime.
Vollständ. m. Gel. u. Lang in 5 Bildern.
Donnerstag, 19. Aug.: Gr. Gartensch

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 18.
Ab 7 Uhr: D. neuen August-Spezialität.
Hannchen Georgette X Karl Cida
Max Alexander usw.
9 1/2, Onkel Schläumeier. 9 1/2,
Kong. G. Koffel. ab 8 1/2. Entree 30 Pf.
Sonntags: Wie man eine Frau sucht.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114
Täglich:
Spezialitäten * Konzert
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Mittwochs: **Erntefest.**
Donnerstags: **Elitetag.**

Schwarzer Adler
Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).
Inh.: Gebr. Arnhold.
Täglich: **Gr. Internation. Ringkampf-Konkurrenz**
um die Meisterschaft d. Prov. Brandenburg u. die Prämie 5000 M. in bar.
Heute Freitag, den 6. August, ringen: Petersen-Dänemark gegen
Paraschau-Dänemark. Gocksch-Breslau gegen Politzjan-Gilja-Goltingen.
Schwarz-Berlin gegen Huber-Schweiz. Milo-Italien gegen van der Berg-
Holland. Schiblski-Berlin gegen Charles le Marin-Frankreich.
Vor den Ringkämpfen: Auftritte erstklass. Spezialitäten mit Fr. Sobanski.

Selowsky-Cigaretten
bleiben
nach dem Urteil aller Kenner
unübertroffen!
Spezialmarken:
Bolero • Caruso • Zenith

Partei-Expeditionen:
Zentrum: Albert Jahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
1. Wahlkreis, Becken: Gustav Schmidt, Reichstraße 14, Hoch-
parterre.
Süden und Südwesten: Hermann Berner,
Gnellenstraße 72, Laden.
2. Wahlkreis: St. Fritz, Brunsenstr. 31, Hof rechts part.
3. Wahlkreis: Dittm. Robert Wengels, Andreasstraße 17. —
Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufplatz 14/15
(Laden).
5. Wahlkreis: Leo Rucht, Gumnaustraße 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansviertel): Karl Rubers,
Salzweberstraße 8, im Laden.
Wedding: Karl Weiche, Nazarethstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann
Wassile, Adenstr. 36, Eingang Kalkamerstraße.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Steinstraße 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Ledenerstr. 123.
Adlershof: Karl Schwarze, Hofmannstr. 9.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dürre, Rudowerstr. 89 II.
Baumschulenweg: D. Horwig, Wartenbergstr. 13, I.
Bernau-Röntgenial: Heinrich Drose, Hohenstraße 74, part.
Bohnisdorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohnisdorf, Ge-
nossenschaftshaus.
Charlottenburg: Gustav Scharberg, Seifenmeisterstraße 1, Ecke
Goethestraße, Laden.
Eichwalde, Zehlendorf, Hierdorf und Hankels Ablage:
Fritz Didenburg, Eichwalde, Kronprinzenstr. 81.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen-Chaussee.
Friedenau-Steglitz-Südende: D. Berner, Schloßstr. 119,
Hof I. in Steglitz. Vertretungen nehmen entgegen in Steglitz:
D. Rohr, Hühnerstr. 32, und Dr. Schellhase, Hornstr. 15a.
Friedrichshagen: Ernst Wermann, Friedrichstr. 67.
Grünau: Franz Klein, Bohnisdorf 6 III.
Hohen-Neuendorf: Wilhelm Lentzger, Stolperstr. 50 I.
Johannisthal: Gisela, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Kaiser, Hühnerstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bohnisdorf 13.
Lichtenberg: Emil Böhler, Meyerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmshagen: Otto
Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlsdorf,
Walderstraße 14.
Mariendorf: August Reib, Chaussee 296, Hof.
Neu-Weissenau: Kurt Lehmann, Sedanstr. 105, partiere.
Nieder-Schöneweide: Paul Hensch, Grünauerstr. 8.
Nowawes: Wilhelm Gappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: August Henjes, Kaufenerstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Wästen-
straße 30.
Reinickendorf - Ost, Wilhelmshagen und Schönholz:
F. Gusch, Kamelstr. 13, I.
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: W. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gumboldtstr. 2.
Schöneberg: Wilhelm Dammier, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.
Tegel, Borsigwalde, Wittnau, Waldmannslust,
Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Ritsch,
Vorligwalde, Hühnerstraße 10.
Teltow: Wilhelm Reher, Hohensteinweg 7.
Tempelhof: Albert Ebel, Friedrich-Wilhelmstr. 20.
Trepptow: Rob. Gramann, Niehofsstraße 412, Laden.
Wilmsdorf-Halensee: Wittnebel, Landhausstr. 27.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wirtsch. u. sozial. Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden. 245/1*

Kreuzberg-Festsäle und Garten. O. Ernst, SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
**Hoffmanns Nord-
deutsche Säger.**
Fajep. u. Vortragst. gütig.
Jeden Sonntag:
Gr. Spezialitäten-Vorstell.
Entree frei.

Beschl. Sonnab. an Vereine zu verg.
Hermf. IV. **Armin-Hallen** Gebr. Mielitz
10155.
Kommandantenstr. 58/59
große und kleine Säle noch Sonn-
abende u. Sonntage in diesem
und nächstem Jahre frei. 6175*

Oeffentliche politische Volksversammlung
Freitag, den 6. August, abends 8 Uhr,
in den
Germania-Fälen, Chaussee 110.

Tages-Ordnung:
1. Die Hölle von Mielezyn und der Berliner
Kommunalfreijinn.
Referent: Stadtverordneter Genosse Dr. Alfred Bernstein.
2. Freie Diskussion.
Die Genossen und Genossinnen ersucht um zahlreichen Besuch
der Einberufer: Eugen Ernst, Wöhlertstr. 9.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
Bureau: Engelster 15, Zimmer 53. Zweigverein Berlin. Telefon Amt IV 4003.

Freitag, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
aller Sektionen und Zahlstellen des Zweigvereins
im Berliner Gewerkschaftshause, Engel-We 15, Saal 1.
Tages-Ordnung: 138/17*
1. Geschäfts- und Kassenbericht für das 2. Quartal 1909. 2. Gewerkschaftliches.
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Zweigvereinsvorstand.
NB. Nach § 6 der Bibliothekordnung muß im Juli jeden Jahres eine Inventur über den
Bücherbestand der Zweigvereinsbibliothek vorgenommen werden. Durch äußere Umstände ver-
anlaßt, kann dies in diesem Jahre erst im August geschehen und eruchen wir alle Kollegen,
die augenblicklich noch entlehene Bücher in Händen haben, dieselben bis Sonnabend, den
7. August, abzuliefern. Die Wiedereröffnung der Bibliothek wird bekannt gegeben werden.
Die Bibliothekskommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Col I. Amt 3, 1289. Charitéstraße 2. Col III. Amt 3, 1987.

Achtung! Schlosser. Achtung!
Heute Freitag, den 6. August,
abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner - Sitzung
der
Schlosser
in Meiers Festsälen, Sebastianstr. 39.
121/6 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelster 14/15,
Saal 4 (Arbeitslosensaal):
Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer.
Sonntag, den 8. August, vormittags 9 Uhr, finden die Bezirks-
Versammlungen in den bekannten Lokalen statt.
87/19 Die Branchenkommission.

Bauhandwerker-Krankenkasse
für Berlin und Umgegend.
(Eingeschriebene Hilfskasse No. 118. — Bureau: C. 54, Steinstraße 32.)
Sonntag, den 8. August 1909, vormittags 10 Uhr, bei Witte,
Brunnenstr. 188:

Außerordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Kassierers vom 1. Halbjahr 1909 und Bericht der
Revisoren. 2. Bericht vom Allgemeinen und Hilfskassenkongreß. 3. Wahl
sämtlicher Hilfskassen. 4. Innere Kassenangelegenheiten.
Der Vorstand. 3 u.: Heinrich Metzke,
38/4* Mitgliedsbuch legitimiert.

Von der Waisenbrücke
am Sonntag, den 8. August, einjährige diesjährige
Sommernachtsfahrt nach Teupitz
(Tornows Idyll) Abfahrt 7 Uhr morgens. 201/43
Fahrpreis hin und zurück 2,20 M., Kinder die Hälfte.
Reederei Kapitän u. Ferkner, Stralau-Berlin, Tel.-Amt 7, 586 u. 13459.

Abfahrtsstelle
Schillingsbrücke
am Schließigen Bahnhof.
Morgen Sonnabend, den 7. August:
Gr. Dampfer-Mondschein-Promenaden-Fahrt.
8 illuminierte Salon-Dampfer mit Militär-Musik.
Hundsfahrt auf dem Müggelsee, dann zurück nach
Restaurant Kynhäuser, dabei Garten-Konzert u. Ball.
Abfahrt abends 9-10 Uhr. Rückfahrt früh 4 1/2 Uhr. 201/12*
Ein und zurück 50 Pf. Robert Tismer.

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein**
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren
zum Sonntag, den 8. August.
1. Abt. 7 Uhr: Freibad Wannsee.
2. Abt. Familienfest (Wahlleiter
Reffource) Start: Dillowstr. 59.
3. Abt. 7 Uhr: Schützeng. 1 Uhr:
Familientour Hühnergarten (Keller).
Start: Fontane-Promenade 18.
4. Abt. 7 Uhr: Schützeng. Sch-
malde. Start: Mariannenplatz.
5. Abt. 4 Uhr: Schützeng. Plaz.
6. Abt. 6 Uhr: Seelitz. 1 Uhr:
Waldesruh (Freund). Start:
Eichum.
7. Abt. 4 Uhr: Kochenshof.
1 Uhr: Hühner (Gumlich). Start:
Oberberger Straße 28.
8. Abt. 7 Uhr: Gvarinlee. 1 Uhr
Schmalde (Schulz). Start: Köp-
liner Straße 8.
9. Abt. 7. abends 8 Uhr: Spreew-
wald. 8. 7 Uhr: Dranienburg (Geider).
1 Uhr: Wittenwerder (Paradiesgarten)
Start: Seelitz 8.
10. Abt. 8 Uhr: Sarmund. 1 Uhr:
Teltow. Start: Schillingstr. 15.
11. Abt. 7 Uhr: Dranienburg-
Sandhauen. 1 Uhr: Alsenide. Start:
Weberstraße 6.

Donnerstag, den 12. August, abends
9 Uhr: Samartijung bei Genossen
Schwenke, Oppelner Str. 6.
Bezirk 21 (Niederbarmin).
Sonntag, den 8. August: Agi-
tationstour nach Kallberge (Rehan-
rant Grew). Sammelort: 2 Uhr
in Landsdorf. Starke Beteiligung er-
wartet Die Bezirksleitung.

Arbeiter-Radfahrerverein
Marienfelde.
Sonntag, den 8. August, im Lokal
des Genossen Adolf Berger, Berliner
Straße 114: 11/11
Sommer-Fest
Verbunden mit Rodelfahrt durch den
Ort. Die umliegenden Vereine werden
um rege Beteiligung gebeten.
Der Vorstand.

Fahrrad-Haus „Frisch auf“
Walter Wittig & Co.,
Ganzpfeich: Berlin, 31, Brunnenstr. 35
Hilale: Kallbuser Str. 9,
empfiehlt „Frisch auf“ - Fahrräder
owie sämtl. Radfahrer-Bedarfsartikel.
Reparatur. Werkstatt mit elek-
trischem Kraftbetrieb. 106/3*

Vorjährlige
hochelegante Anzüge und
Paletots aus feinsten
Maßstoffen, früherer Preis
60-90, jetzt 20-40,
werden täglich im
Kavalier-Klub
Unter den Linden 61, II
verkauft.

Von der Reife zurück
Dr. Vollmann, Schiefische Straße 40a.
 Von der Reife zurück
Dr. Wallbach,
 50., Mühlauer Str. 16.
Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinsenstr. 41, Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Achtung! Bewilligte Bäckerei.
 Der geehrten Nachbarschaft zur Kenntnis, daß ich seit einiger Zeit die
 Bäckerei des Herrn Wagantrecht übernommen habe. Nunmehr sind
 die Forderungen des Verbandes der Bäcker erfüllt und erlaube ich
 um gefällige Berücksichtigung.
A. Weber, Bäckermeister, Sprengelstraße 4/5.
 Somit gilt obige Bäckerei als bewilligt.
 Der Vertrauensmann der Bäcker.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn
Möbel direkt Engrospreisen
 in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
 Köln Laden
 Tel.: A. III, 5157
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
 eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Die Gänsesaison ist eröffnet.
Ia Oderbruch-Gänse a Pfund 75 Pf.
Ia Bratgänse a Pfund 70 Pf.
Klein 90 Pf. und 1,10, Keulen von 70 Pf. an.
 Hautfett, Linsen, Leber, Ia Rumpfe von 3 H. an. — Stückenfleisch a Pfund 70 Pf.
Frische Gänsegrievn, frisches Gäneschmalz,
 garantiert rein. 84/4*

Die Eröffnung meiner neuen Filiale
 NW., Lessingstraße 35, Ecke Flensburger Straße,
 findet Donnerstag, den 12. dieses Monats, statt.
Max Schönwald, Berlin, Luckauer Str. 16, Fernsprecher
 Amt 4, 514.
 Spezialgeschäft für ff. Tafelaufschnitt und Mastgellügel.
 Schöneberg, Barbarossaplatz 2, Fernsp.-Amt 0, 10852. Berlin NW., Lessingstr. 25, Fernsp.-Amt 2, 1259.

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!
 Die bestsortierte und billigste Einkaufsquelle
 in Zigaretten, Zigarren und Tabaken
 sämtlicher eingeführter Fabrikate ist
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstr. 70
 — Telephone: Amt VII, 3047. —

Der
 beispiellose Erfolg,
 den unsere
**JOSETTI
 VERA**
 CIGARETTE
 errungen hat, ist kein Zufall, sondern
 wohl begründet in der verdienten
 Anerkennung, die diese Marke, als
 beste 3 Pfg. Cigarette, allgemein
 gefunden hat.
Josetti Vera m. a. o. M.
 10 Stück 30 Pfg.

44 eigene Fischdampfer.
Seefische haben hohen Nährwert!
 Von frischen Fängen unserer Dampfer
 empfehlen wir in Ia Qualität als ganz besonders billig!
 pro Pfund
 a Kabeljau im Anschnitt 25 Pf. a Schellfisch im Anschnitt 30 Pf.
 a Seelachs im Anschnitt 25 Pf. a Bratschellfische 25 Pf.
Deutsche Hochseefischerei-Gesellschaft „Nordsee“
 Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Börse 8/9. Telephon III, 8804.
 Verkaufsstellen in Berlin:
 O., Bahnhof Börse, Bogen 8-10. O., Madaistraße, Bogen 8-9, NW., Wilsnacker Straße 57.
 N., Invalidenstr. 131. Fruchtschiffstraße gegenüber. Charlottenburg: Wilmers-
 dorfer Straße 111.
 O., Große Frankfurter Str. 85. W., Potsdamer Straße 112e. Spandau: Breite Straße 54.
 In allen Verkaufsstellen gleiche Preise! 2013L

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
 und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
 (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
 zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahme-
 stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,
 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
 Teppiche: (schlechte) in allen
 Größen für die Hälfte des Wertes
 im Teppichlager Brunn, Gieseler
 Markt 4, Bahnhof Börse. (Teiler des
 „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent
 Rabatt.) 264/11*
 Stoffen zu Hoch Gewinns und
 Sigismund Vancroff. Die wahre Ge-
 schichte des Christentums, von August
 Hebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe
 50 Pf. Expedition Lindenstraße 69,
 Laden.
 Vorwärtsblätter erhalten 5 Prozent
 Extrarabatt selbst bei nachstehend auf-
 geführten Gelegenheitskäufen. Teppich-
 Thomas, Dramenstraße 160, Dramen-
 platz. 2373R*
 Teppiche, farbige, schlechte, spott-
 billig.
 Gardinen, Stores, Muster-
 exemplare, für halben Wert.
 Schlafbetten, ein Posten, für
 halben Wert.
 Teppichdecken, Musterstücke, spott-
 billig.
 Vorwärtsblätter, beachtet vor-
 stehende 5 Anzeigen.
 Drehtischen, Unterholzstühlen,
 Kleingehäusen, „Berliner“, Wagnmann,
 Straße 29 (Katalog kostenlos).
 Gebrauchte Nähmaschinen billig.
 Wilmann, Götterstraße 26. 1907R*
 Sofa-Teppiche, circa 2 Meter lang,
 limitierte Verleiher 3,75, Kaptestr.-Brüster
 5,35, Kaminstr. 4,65. Teppichhaus
 Emil Leffort, Dramenstraße 158.
 Hochbornsche Herrenanzüge,
 Herrenpaletots, Herrenhosen aus
 feinsten Rohstoffen spottbillig ver-
 kaufen! Deutscher Versandhaus Jäger-
 straße 63, 1 Treppe. 2177R*
 Herbrechen und Prostitution als
 soziale Krankheitserscheinungen von
 Paul Hirsch. Preis 2,- Mark, geb.
 2,50 Mark. Expedition Vorwärts,
 Lindenstraße 69.
 Monatsanzüge und Sommer-
 paletots, von 5 Mark sowie Hosen
 von 1,50, Herodanzüge von 12,00,
 Fracks von 2,50, sowie für formidante
 Figuren. Neus Garberode zu namend
 blauen Preisen, aus Handweiden
 verarbeitete Sachen laufen man am
 billigsten bei Nag. Wuladstraße 14.

Teppiche (Farbenteller), Stepp-
 decken, Gardinen, Tischdecken, Tisch-
 bettedecken, Liebergardinen, Sofa-
 stoffe, spottbillig. Fabriklager
 Rauscherhof, Große Frankfurterstraße 9,
 Flureingang. Vorwärtsblätter (schö-
 nen) 1614R*
 Vorwärtsblätter hochwertige Anzüge
 und Paletots, aus feinsten Rohstoffen,
 früherer Preis 60-90, jetzt 30-40,
 werden täglich im Rabalder-Klub,
 Unter den Linden 61 II verkauft.
 Gasthofhaus!!! Geschlossene
 Hotelkategorie! 5,00. Einloch-
 gasthof! 0,50. Gasbratbackofen!
 8,00. Gasbäckapparat! Gasplätt-
 eisen! spottbillig! Gasrohrkochen! 1,50.
 Bohler, Ballnertheaterstraße 32.
 Hermaunplatz 6. Siemann billige
 Pfänderverkäufe! Bettenserverkäufe! Aus-
 leihermöbel! Tischdecken! Preis-
 schwinger! Gardinenverkauf! Tisch-
 stoffdecken! Steppdecken! Extrabillige
 Sommerpaletots! Jadedienzeuge! Weis-
 rodanzüge! Herrenhosen! Feder-
 matten! Warenverkauf, ebenfalls Sonntags.
 1044*
 Banerriegel, Der deutsche, von
 Friedrich Engels. Broschüre 1,50 Mark,
 gebunden 2,- Mark. Expedition,
 Lindenstraße 69, Laden.
 Damenhemden mit gefalteter Wäsche
 1,20, Herrenhemden 1,15, Knopf-
 stützen sowie Normalwäsche und
 Arbeiterhemden spottbillig. Wäsche-
 fabrik Solomonsky, Dirschelstraße 21,
 Alexanderplatz. 221/20
 Monatsanzüge, Sommerpaletots,
 Gehrodanzüge, Herrenhosen aus
 feinsten Rohstoffen, spottbillig. Rosen-
 felderstraße 48, II. 828R*
 Wandtische, Weisen, Ercyelle,
 Rixdorf, Steinmetzstraße 30. 410R*
 Bekanntmachung! Humboldt-
 haus nur Brunnenstraße 58, Gehaus
 Straßenerstraße. Spottbilligster Pfän-
 derverkauf! Riesengroßer Bettenserver-
 kauf! Brautbetten! Wunderbare Aus-
 leihermöbel! Steppdecken! Gardinen!
 Tischstoffsdecken! Brautstühle! Hoch-
 elegante Herrengarderobe! Extra-
 billige Damenhosen! Herrenhosen!
 Wanduhren! Verkauf täglich, auch
 Sonntags. 2286R*

Sie verkaufen Ihr Geschäft, Grund-
 stück schnell und vorteilhaft durch
 Brönke & Raab, Roßringstraße 18,
 Vertreter sofort. 824R*
 Zigarrengeschäft verkauft Billig-
 roderstraße 27. 752R*
 Schanklokal, gutgehend und Berei-
 eine, ist wegen Übernahme eines
 Grundstückes auf Teilzahlung zu ver-
 kaufen. Erfragen Dreißigwälder-
 straße 191, Elisenberg. 221/16
 Butterhandlung, 60 Tagesloffe,
 Wiete 1050, zwei Stuben, Küche,
 moderne Einrichtung, billig ver-
 käuflich. Näheres Installationsgeschäft,
 Dragonerstraße 45. 221/17
 Dekoration zu verkaufen. Pa-
 betten, Pahlstellen und Wälderlein.
 Krausstraße 3. 448

Möbel.
 Speisezimmer, wenig gebraucht,
 500,00. Roßringstraße 26, Auf-
 bewahrungs-Speicher, Hof. 746R*
 Billiger als im Möbelgeschäft!
 Im Aufbewahrungsspeicher kommen
 billige Wohnungseinrichtungen, auch
 einzelne Möbelstücke zu äußerst
 billigen Preisen zum Verkauf! Bitte
 auf 26 Roßringstraße zu achten,
 da in der Nähe mehrere Möbel-
 geschäfte wohnen! Nur Hof im Speicher,
 kein Laden! Roßringstraße 26.
 Möbelgelegenheit! Wenig ge-
 brauchte, gutgehende Möbel, auch
 neue, einfache, elegante, beliebigen
 gewesenen, vorzuziehen spottbillig. Kie-
 senlager, Lombardstraße, Neue König-
 straße 5/8, Fabrikgebäude. Sonntags
 geöffnet. (Zahlungserleichterung).
 Volkermöbel - Fabrik Heinrich
 Stargardt, Dresdenerstraße 107/108,
 verkauft billig Paletots mit Spiegel
 60,00, elegante Tischdecken 45,00,
 Herrenschreibstühle 30,00, Säulen-
 trumeaus 28,00, Bettstellen mit
 Maträtze 18,00, Badstühle 20,00,
 Kleiderkasten 24,00, Kleiderbügel 15,00,
 komplette Wohnungs- Einrichtung
 150,00 an, bunte Küchen sehr billig.
 Billigste Möbel-Gelegenheitsquelle.
 Niedriges Lager in fünf Tagen, Speise-
 zimmer, Schlafzimmer, acht mahagoni
 Tischstühle 40,-, Ruhebetten, Wa-
 fette, Tischstühle 30,-, Tischbe-
 stellen inklusive Maträtze 37,-, Stühle,
 moderne 3,70,-, ganze Einrichtun-
 gen billig. Möbelreicher Haus-
 straße 48, Dirschow. 2285R*

Billige Möbel, gebrauchte, ver-
 liehen gewesene und neue. Kleider-
 schrank 18, Kleiderbügel, Sofa 15,
 Rückenstuhl 10, Bettstelle mit Ma-
 trätze 18, Garderobenschrank, Herren-
 schreibstühl 36, Chiffonlongue mit Decke
 19, Sofa 22, elegante Tischstühle 45,
 Paletots 68, Säulentrummeaus 30,
 Fußbaumbüchse, Bücherständer, eng-
 lische Schlafzimmer, bunte Küchen 65,
 Badstühle 30. Ratenzahlung.
 Transport frei. Stargardt Möbel-
 speicher, Roßringstraße 69. 221/18

Fahrräder.
 Herrenfahrrad, Damenfahrrad
 einmal benutzt 40,00. Holz Blumen-
 strafe 36 b. 1633R*
 400 Damenräder, 15,-, 20,-,
 25,-, 30,-. Neue 45,-, 50,-, 55,-,
 60,-. Kuch Eingelverlauf, Engsch-
 reibe. Fahrradgroßhaus Rosnow,
 Weinmeisterstraße 14. Verlangen Sie
 Prospekt gratis und franco. 2354R*
 1000 Brennabor, Adler, Dürkopp-
 räder ufm, 5,-, 10,-, 15,-, 20,-,
 25,-. Kuch Eingelverlauf, Engsch-
 reibe. Fahrradgroßhaus Rosnow,
 Weinmeisterstraße 14. Verlangen Sie
 Prospekt gratis und franco. 2354R*

Musik.
 Pianino, hohes, kreuzsaitig, 140,00,
 (auch Teilzahlung) Turmstraße 8 I.
 Violinunterricht (neu, doppelt
 fördernde Methode bis zur Vollendung)
 gibt erfahrener Künstler wöchentlich,
 auf Wunsch auch nur eine Lektion
 a 1,25 R., bei zwei Schülern je 75 Pf.
 Offerten unter D. 2 Expedition des
 „Vorwärts“. 2372R*

Verschiedenes.
 Sommerfrische am Grabowsee,
 Villa Kautendelein, Friedrichstraße
 I. Rat. 855R*
 Kunstoperette von Frau Kolosty
 Schlichtente, Kuchstraße 8, III.
 Vacantenwatt Brief, Dittmer-
 straße 91a. 2555R*
 Englischen Unterricht für Anfänger
 und Fortgeschrittene, Einzelstunden
 und im Hinkel erteilt E. Ewienitz,
 Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 2339R*

Lern die Mutterprache beherrschten
 Erfolgreichen, leicht fahlichen Unterricht
 in Wort und Schrift der deutschen
 Sprache erteilt Damen und Herren
 (separat) auch abends ein tüchtiger
 und gewissenhafter Privatlehrer. Die
 Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-
 richtsstunde wöchentlich genügt Ge-
 fällige Angebote sind unter G. 4 an
 Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
 Vereinszimmer, großes, Pan-
 strafe 84, Gde. 793R*
 Teilzahlung. Anfertigung elean-
 terer Herrengarderobe. Marcus,
 Dragonerstraße 10a. 221/12*
 Waschanstalt Heinrich Kobelt,
 Kopenid, Glendierstraße 21, wäscht
 gloriöse Leibwäsche 0,10, vier Hand-
 tücher 0,10, vier Taschentücher 0,10.
 Lieferung und Abholung Sonntags.
 Wer Stoff hat? Fertige Herren-
 Anzüge 15,00. Wagner, Schneider-
 meister, Lichterbergerstraße 9. 887R*

Vermietungen.
 Wohnungen.
 2- und 1-Zimmerwohnung, billig,
 Rixdorf, Belgand-Alt 10. 2372R*

Arbeitsmarkt.
 Stellenangebote.
 Verkäufer verlangt Max Leon-
 hard, Weisen, Lehderstraße 88.
 Weibte Barbiermacher auf Holz-
 leiten gesucht. Goldleitenfabrik,
 Reichenderstraße 88. 416
 Wamiels auf Kostime, Paletots,
 Koh. Zeitstraße 39. 827R*
 Stenotypistinnen, Kott und ge-
 wandt, zum sofortigen Eintritt gesucht.
 Meldungen schriftlich mit genauen
 Angaben oder persönlich 1-2 mittags
 oder 7-8 Uhr abends. A. Jandorf
 u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2.
 Lehrmädchen im Alter von 14
 bis 16 Jahren aus achtbarer Fa-
 milie bei monatlicher Vergütung
 sofort gesucht. — Meldungen nur in
 Begleitung der Eltern oder des Vormun-
 des 1-2 mittags oder 7-8 Uhr
 abends. A. Jandorf u. Co., Belle-
 Alliancestraße 1/2. 2339R*

Achtung! Holzarbeiter
 Wegen Streit und Differenzen
 sind gesperrt:
 für Fischer, Pöllerer und Wa-
 schnerarbeiter
 Fabrik Schendler, Blumenstraße.
 Firma Staats, Oberbaumstr. 6.
 Sämtliche Betriebe in den Orten
 Rathenow, Müßau, Sege-
 berg (Holslein) und Magdeburg.
 Gleitzeitig eruchen wir die
 Kollegen aller Branchen der Holz-
 industrie das Beamtungsbureau
 des gelben Handwerker-
 verbands streng zu meiden.
 Für Einseher:
 die Bauten Kornelindstraße 30 in
 Lankwitz und Wandschützstr. 8
 in Charlottenburg.
 Für Stellmacher:
 Berliner Motorwagenfabrik in
 Reinickendorf.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Staker.
 Wegen Nichtbewilligung
 unserer Forderungen sind folgende
 Firmen gesperrt:
 Roh: Bauten Winderstraße, Char-
 lottenburg;
 Schneider: Bauten Althoffstraße,
 Steglitz;
 Gohl: Bauten Tegler Weg, Char-
 lottenburg;
 Kubuska: Bauten Stier- und
 Geyersstraße-Gde, Friedenau;
 Weimann: Bauten Wilschestr.
 platz und Bergstraße, Steglitz;
 Wolter: Juchendorf: Bauten im
 Juchendorf, Hauptstr. 1, Seelken-
 straße und Hermsdorfer-Gde,
 Eichen- und Lindenstr., Maschinen-
 Schafte, Seemannsheim, Eichen-
 weg und Winterfeldstraße;
 Walter: Rixdorf: Bauten Anse-
 derstraße und Hermsdorfer-
 Gde, Wilschestr., Kaiser-Fried-
 rich-Str., Tempelhof. 30/2
 Vorstehende Sperren bleiben so
 lange bestehen, bis die Aufhebung
 derselben an dieser Stelle seitens des
 Zweigvereinsvorstandes erfolgt.
 Der Zweigvereinsvorstand.

Henker des eigenen Kindes!

Die Hölle von Mielzgn, von der durch den „Vorwärts“ der sie verfallende Schleier hinweggezogen wurde, hat in ihrem grellen Schein dem entsetzten Auge die Schrecken der Fürsorgeerziehung gezeigt. Die Ausdehnung der himmelschreienden Zustände, die dort herrschen, wird hoffentlich bewirken, daß die Bevölkerung ihr Urteil über die Fürsorgeerziehung forrrigiert. Der Gedanke einer Fürsorgeerziehung der in Verwahrlosung geratenen oder von Verwahrlosung bedrohten Kinder ist an sich richtig, aber die Art der Ausführung fordert den schärfsten Widerspruch heraus. Solange für die Fürsorgeanstalten Erziehungsgrundsätze gelten, die in ihrer letzten Konsequenz Prügelleistungen wie die des Pastors Dreithaupt ermöglichen, müssen wir alle Eltern davor warnen, an den „Segen“ der Fürsorgeerziehung zu glauben.

Wenn das ist das Tragische an dem Schicksal, das Jünglingen der Mielzgn Anstalt des Prügelpastors Dreithaupt und anderer Anstalten bereitet wurde, daß solche Opfer der Fürsorgeerziehung nicht selten durch die eigenen Eltern zur Schlichtung geführt worden sind. Wenn ein Junge unter der mangelhaften Erziehungslust seiner Eltern mißraht, wenn er immer wieder die Schule schwänzt, sich halbe und ganze Tage umhertreibt, dabei zur Verteidigung seines Ehrebedürfnisses aus offenstehenden Läden allerlei Genießbares mitgehen heißt, dann läuft nur zu oft die verzweifelte Mutter oder der erbitterte Vater zum Lehrer und zum Rektor, vielleicht auch zum Pastor, am Ende gar zur Polizei — und nun ist das Los des Jungen besiegelt. Schule, Kirche, Polizei sind rasch bereit, den nichtsnennenden Eltern die Fürsorgeerziehung als Heilmittel anzupreisen, das unanschaulich die ersetzte Vererbung bringen werde. Flugs wird ein Antrag auf Ueberweisung gestellt, die Eltern geben ihre Einwilligung und liefern sogar das Beweismaterial, die Sache gestaltet sich mithin sehr viel einfacher als sonst, und in Kürze ist der Ueberweisungsbeschluss fertig. „Je mehr Sie über Ihren Jungen auszusagen“, so war eine dieser trüben Mütter von dem ihre Aussage protokollierenden Kriminalbeamten belehrt worden, „desto rascher kommt er weg.“ Manchmal wird es solchen Eltern leid, daß sie selber die Hand dazu geboten haben, die Ueberweisung in Fürsorgeerziehung herbeizuführen. Aber wenn der Ueberweisungsbeschluss rechtskräftig ist, gibt es kein Zurück mehr. In der Regel stellt der zur Fürsorgeerziehung verurteilte Junge sich nicht freiwillig, da erscheint denn eines Morgens um 6 oder um 8 oder auch noch früher vor der Korridorlücke ein Polizist, fordert in belanntem Polizeistilke sofortigen Einlaß — und nimmt den Jungen mit. Ach wie bald ist dann manchen Eltern die Erkenntnis aufgedämmert, daß sie sozusagen Geier des eigenen Kindes geworden waren! Jene Mutter, die von dem freundlichen Kriminalbeamten ermuntert worden war, nur recht viel über ihren Jungen auszusagen, sah diesen Jungen nicht lange danach aus Mielzgn als Mächtling zurückkehren, auf Gesicht und Mäulchen bedeckt mit Striemen und teils offenen, teils schon verschorften Wunden, die offensichtlich von Stock- oder Peitschenhieben herrührten. Als unser Genosse Stadtverordneter Dr. Alfred Bernstein, der ihn untersucht hatte, über den Befund an die Reichsdeputation berichtete, war man dort nicht verlegen um eine Antwort. Der Junge könne, erwiderte man ihm, ja auch von anderen Jünglingen der Anstalt Mielzgn so zugerichtet worden sein.

Aus dem Rathaus ist in die Presse die verlogene Behauptung hinausgeschickt worden, daß nicht ein einziger der geprügelten Jungen außer einigen blauen Flecken den geringsten Nachteil von den Prügelein gehabt habe. Die Vorniertheit der liberalen Erziehungskunst, zu deren Verteidigung diese schamlose Lüge fabriziert worden ist, vermag nicht zu begreifen, daß die Striemen und die blauen Flecke und die blutigen Wunden, die auf den Körpern der geprügelten Fürsorgezöglinge entstanden und von dem Eifer der gottesfürchtigen Prügler zeugten, nicht die schlimmsten Folgen der dort geleisteten Peitschenarbeit sind. Schlimmer noch ist, daß dieses Treiben den Zweck der Fürsorgeerziehung nicht gefördert, sondern schwer gestört hat. Ein aus Mielzgn entlassener Jüngling hat seiner Mutter geschrieben, wie sein Eintritt in die Anstalt sich vollzog. Am Abend des ersten Tages wurde er mit anderen Jünglingen in einen Raum geführt, und nun spielte sich vor seinem staunenden und entsetzten Auge das widerwärtig-brutale Schauspiel ab, daß eine Reihe Jünglinge nacheinander erbarmungslos ausgepeitscht wurden. Das war der erste Eindruck, den er von der Anstalt Mielzgn und dem „besseren“ Warten des Pastors Dreithaupt empfing! „Mutter“, so erzählte er später, „als ich das sah, da sagte ich mir sofort: Hier bleibst du nicht!“ Kann jemand daran zweifeln, daß solche Auspeitschungen verrohend wirken mußten? Und kann es verwundern, daß die Jungen aus einer solchen Anstalt immer wieder zu entfliehen versuchten? Jeder Fluchtversuch gilt Leuten wie Dreithaupt selbstverständlich als ein Verweis, daß die „Besserung“ noch nicht eingetreten ist, und daraus ergibt sich dann eine immer erneute Hinausschiebung des Zeitpunktes der Entlassung aus der Fürsorgeerziehung. Wie sehr durch die Unfähigkeit mancher Vorgesetzten von Erziehungsanstalten der Stadtdirektor samt der hiesigen leitenden Staatsklasse und in zweiter Linie das Portemonnaie der zur Erstattung genügenden Eltern geschädigt wird, das wollen wir jetzt unerörtert lassen. Wichtiger ist uns im Augenblick die traurige Tatsache, daß durch unfähige Anstaltsleiter, die sich des Schutzes der liberalen Stadtverwaltung Berlins erfreuen, die an solche Anstalten überwiesenen Fürsorgezöglinge um so länger den Gefahren einer falsch ausgeführten Fürsorgeerziehung ausgesetzt sind.

Der Reizung hat selber sein Kind der Fürsorgeerziehung zu überliefern, der sollte diese Gefahren nicht unterstehen. Ein Junge, der in die „richtige“ Prügelanstalt hineingerät, hat wenig Aussicht, so bald wieder aus der Fürsorgeerziehung befreit zu werden. Die Eltern rechnen auf ein Jahr, höchstens auf ein paar Jahre, aber sie können es leicht erleben, daß ihnen der Junge schließlich nicht vor Vollendung des 21. Jahres frei kommt — und dann für immer verdorben ist.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Heute, Freitag, 6. August, abends 8 Uhr, findet in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Stadtverordneter Dr. Alfred Bernstein über das Thema „Die Hölle von Mielzgn und der Berliner Kommunal-Freiwirtschaftler“ referieren wird.

Wir ersuchen, diese Versammlung zahlreich zu besuchen. Der Aktionsausschuß.

Stierter Wahlkreis. Das Resultat der in der Generalversammlung vorgenommenen Wahlen ist folgendes: Zum Parteitag wurden delegiert die Genossen Adolf Hoffmann, Brüdner und Varenhjn. Zur Provinzialkonferenz wurden delegiert die Genossen N. Bethge, Adolf Feunser und G. Gries.

Fünfter Wahlkreis. Die Frauen und Mädchen des fünften Kreises werden zu einem gemächlichen Kaffeeloch am Dienstag, den 10. August, nachmittags von 3 Uhr an, nach dem Schweizergarten, Königstor, eingeladen. Zahlreiche Beteiligung erbeten.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Die Kreis-Generalversammlung findet am Sonntag, den 8. August, mittags pünktlich um 12 Uhr, im großen Saale des Volkshauses zu Charlottenburg, Rosinenstr. 3, statt.

Tages-Ordnung.

- 1. Mitteilungen des Vorstandes und der Funktionäre.
2. Neuwahl des Kreis-Kassierers.
3. Der Parteitag in Leipzig: a) Das neue Organisationsstatut; b) Allgemeines. Referent Fritz Zubeil. Anträge und Wahl der Delegierten.
4. Die Brandenburger Provinzialkonferenz. Anträge und Wahl der Delegierten.
5. Anträge zur Generalversammlung Groß-Berlins.
6. Sonstige Anträge und Verschiedenes.

Die Delegierten der einzelnen Orte müssen mit Mandaten versehen sein.

Als Gäste haben nur Mitglieder Zutritt; Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Zentralvorstand.

J. A.: Karl Bollermann, Charlottenburg, Rosinenstraße 3.

Rummelsburg. Am Sonntag, den 8. August, findet im Wahllokal von Klugmann, Köpener Chaussee, das vom hiesigen Wahlverein veranstaltete so beliebte „Kinderfest“ statt. Die Kinder spielen und belustigen sich unter bewährter Leitung. Für genügende Sitzgelegenheit ist diesmal auch in ausreichendem Maße gesorgt worden. Da die Teilnehmer am Kinderfest wie im Vorjahre in einem geschlossenen Festzuge unter Musikbegleitung nach dem Festlokal marschieren, so macht sich — um unliebsame Störungen beim Einmarsch zu vermeiden — die vorherige Verorgung mit Billetts äußerst notwendig. Abmarsch präzis 2 1/2 Uhr von Hauptstr. 4 aus. Eintritt 15 Pf. Kinder frei. Jedes Kind erhält mehrere Geschenke. Das Komitee.

Schmargendorf. Morgen Sonnabend feiert der hiesige Wahlverein sein 18. Stiftungsfest in den Räumen des „Schützenhauses“, Hundeshlestr. 20. Da neben Konzert, Reigenfahren des Arbeiter-Radsportvereins usw. auch das „Berliner Ill-Trio“ auftritt, so erwartet das Festkomitee eine rege Beteiligung der Arbeiterschaft. Anfang 8 Uhr. Entree 25 Pf.

Neuenhagen und Umgegend. Am Sonntag, den 8. d. M., wird von den Parteigenossen des Bezirks im Lokal von Nag Gierke, Fredersdorf, ein Sommerfest veranstaltet. Die Parteigenossen werden um rege Unterstützung gebeten. Eintritt Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf. Letztere erhalten hierfür eine Stodlaternen und Mäße. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Das Komitee.

Spandau. Der sozialdemokratische Wahlverein veranstaltet am Sonnabend, den 7. August, beim alten Freund in Pichelswerder ein Sommerfest, verbunden mit Dampferfahrt. Von 8 Uhr an findet großes Gartenkonzert unter gütiger Mitwirkung des Arbeiter-Gesangsvereins „Hoffnung“ Spandau, große Verlosung und Tanz statt. 12 Uhr nachts erfolgt große Fackelpolonaise um den ganzen Werber. Abfahrt der Dampfer mit Musik von der Charlottenbrücke um 7 1/2, 8 1/2 und 9 1/2 Uhr abends. Billetts inkl. Dampferfahrt pro Person 30 Pf. Kinder frei. Die Berliner Genossen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Berliner Nachrichten.

Diener der Reaktion

sind die liberalen Mannesgeelen der Berliner Stadtverwaltung. Zu Dienern der Reaktion geben sie sich her, indem sie die von der Staatsregierung anbefohlene Drangsalierung der Arbeiter-Turnvereine gehoramt ausführen.

Die Schuldeputation der Stadt ist das Werkzeug, das gegen den Berliner Arbeiter-Turnverein „Fichte“ den Schlag zu führen hat. Der Verein „Fichte“ war, wie bekannt, aufgefordert worden, auch für die Leiter derjenigen Turnabteilungen, zu denen Personen im Alter von weniger als 21 Jahren gehören, die sogenannten Unterrichts-Erlaubnisheine zu beschaffen. Das Turnen der Lehrlinge und überhaupt der jungen Leute von weniger als 21 Jahren wurde zum Unterricht gestempelt, so daß auf die Turnkarte dieser Abteilungen eine alte verstaubte Ministerialverordnung anzuwenden war. Der Verein „Fichte“ wußte, was ihm nunmehr blähen würde: Turnkarte eines Arbeiter-Turnvereins, wie es der Verein „Fichte“ ist, hatten auf Gewährung eines Unterrichts-Erlaubnisheines nicht zu rechnen. Voraussetzung für die Gewährung dieses Erlaubnisheines ist eine gewisse „sittliche Qualifikation“, die in der Regel nur dem zugetraut wird, der — wie die lieben „deutschen“ Turner — gut Hurra schreien kann. Der Einspruch des Vereins „Fichte“ gegen die ihm gestellte Zumutung blieb ohne Erfolg, und auch sein Versuch, die Anerkennung des Turnunterrichtes als eines Gewerbes dem Unterrichtsministerium abzurufen, mißlang. Die Schuldeputation hatte schon im Frühjahr angekündigt, daß sie dem Verein für die in Betracht kommenden Abteilungen die Turnhallen entziehen werde, wenn er sich nicht füge. Die Debatte der Stadtverordneten-Versammlung über den von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrag, den Magistrat um Rückgängigmachung der Anordnung der Schuldeputation oder um Gewährung anderer Turnräume für den Verein „Fichte“ zu ersuchen, ließ keinen Zweifel darüber, daß jene Drohung ausgeführt werden würde. Jetzt ist das geschähen; dem Turnverein „Fichte“ ist von der Schuldeputation mitgeteilt worden, daß zum 1. Oktober den betreffenden Abteilungen die Turnhallen gesperrt werden.

Für Belandung der neuesten Phase dieses Kampfes der Arbeiter-Turnvereine um „gleiches Recht“ wollen wir ein paar Aftenhilde mitteilen. Zwei Mitglieder des Vereins „Fichte“ hatten Gewerbe als Turnkarte angemeldet, indem sie sich auf die Reichsgewerbeordnung beriefen. Die preussische Staatsregierung war anderer Meinung, und es kam die bekannte Strafandrohung von 100 M. Da Klage hiergegen nicht zulässig war, so mußte Beschwerde beim Unterrichtsministerium eingelegt werden, bei demselben Ministerium, von dem die Verfügungen zur Drangsalierung des Turnvereins „Fichte“ veranlaßt worden waren. Das Ministerium entschied als „Beschwerdeinstanz“ in eigener Sache so:

Die Reichsgewerbeordnung bestimme in ihrem allgemeinen Teil, daß sie keine Anwendung auf das Unterrichtswesen finde; das Unterrichtsweisen gehöre überhaupt nicht zur Zuständigkeit des Reiches, die Kabinettsorder von 1834 und die Ministerialinstruktion von 1839, betreffend die Erteilung von Privatunterricht an jugendliche Personen, beziehe sich allgemein auf Erziehung und Unterricht, also auch auf das Turnen, das ja ein obligatorischer Lehrgegenstand der Volksschule sei; die Schulaufsichtsbehörden seien befugt und verpflichtet, die öffentliche Ordnung auf dem Unterrichtsgebiet zu wahren und jeden Eingriff zu beseitigen; für den Fall der Zuwiderhandlung könne das Provinzial-Schulkollegium Geldstrafen androhen; es müsse bei der Anordnung des Provinzial-Schulkollegiums sein Betenden haben.

Kun wußte man, was „Rechtens war“, und es blieb nur noch übrig, die Probe zu machen, ob die Erteilung eines Unterrichts-Erlaubnisheines bewilligt werden würde. Schon war wieder mal ein bezüglicher Antrag gestellt worden, und — siehe, es kam vom Provinzial-Schulkollegium folgende Antwort:

Auf den Antrag vom 27. Mai d. J. Berlin, den 7. Juli 1909. Aus den in unserer Verfügung vom 6. November d. J. — IV. 7071 — angebenen Gründen kann den von Ihnen bezeichneten Personen der Unterrichts-Erlaubnisheine für Turnen nicht erteilt werden. Dem weiteren Antrage, die Altersgrenze für jugendliche Personen von 21 auf 18 Jahre herabzusetzen, kann nicht entsprochen werden. Mager.

Gefuche um Erteilung eines Erlaubnisheines an andere Mitglieder des Vereins konnte man sich hiernach sparen. Man wartete, was jetzt die Schuldeputation tun würde. Sie ließ den Verein nicht lange warten; am 31. Juli erhielt der Vereinsvorsitzende Damer folgende Zuschrift:

Berlin, den 19. Juli 1909. Nach Mitteilung des Königl. Provinzial-Schulkollegiums sind den Leitern derjenigen Abteilungen Ihres Vereins, zu denen Personen unter 21 Jahren gehören, Unterrichts-Erlaubnisheine nicht erteilt worden. Wir kündigen Ihnen daher die weitere Benutzung der nachfolgenden Turnhallen durch die vorgenannten Abteilungen vom 1. Oktober d. J. ab. (Folgt Aufzählung von 15 Turnhallen.) Durselorn.

Also endlich! Man sage uns hier nicht, daß die Schuldeputation gar nicht anders handeln könne, daß der Berliner Liberalismus sich zum Diener der Reaktion machen müsse. Die Debatte in der Stadtverordnetenversammlung hat deutlich erkennen lassen, daß er nur zu gern sich zum Diener der Reaktion machen lassen will. Das Provinzial-Schulkollegium hat für diese Drangsalierung der Arbeiter-Turner die Billigung des Berliner Magistrats und der freisinnigen Stadiverordnetenmehrheit. Der Oberbürgermeister erklärte kühl, man dürfe sich in den Streit zwischen Regierung und Turnverein „nicht einmischen“ — und die Vorkämpfer des Liberalismus schwiegen! Es kennzeichnet die von den Freisinnsmännern befehligte Schuldeputation, daß sie sich nicht einmal hat gebulden wollen, bis über die Frage der rechtlichen Zulässigkeit jener Anordnungen des Provinzial-Schulkollegiums — belanntlich ist im „Vorwärts“ zum Ungehorsam gegen sie aufgefordert worden und der Berichtstermin ist auf den 21. September vertagt — die Gerichte entschieden haben.

Baunfälle in der Turbinenfabrik der A. E. G.

Eine Anzahl Baunfälle haben sich in letzter Zeit auf dem Neubau an der Ecke Hutten- und Verlichungen Straße ereignet, wo die Turbinenfabrik Union, Abteilung für Maschinenbau, für die Turbinenfabrik A. E. G. zwei Maschinenhallen aufstellen läßt. So stürzte am Dienstag nachmittags durch einen Fehltritt der Monteur Leo Biogart 15 Meter tief hinunter, schlug mit dem Rücken auf das eiserne Gerüst auf und fiel auf die Erde. Verwundet wurde er zur nahen Unfallstation Grasmuststraße getragen, wo eine schwere Verletzung der Wirbelsäule festgestellt wurde. Dann mußte er in einem Krankenwagen nach dem Krankenhaus Moabit geschafft werden. Er dürfte bereits seinen Verletzungen erliegen sein.

Am Mittwoch stürzte ein Verbindungsbalk zwischen erstem und zweitem Pfeiler aus einer Höhe von 8 Metern herunter und traf den Arbeiter Johann Gutowsky auf die Schulter, wodurch demselben das Schlüsselbein gebrochen wurde. Schon vor einiger Zeit haben sich Unfälle ereignet.

Wie uns von dort beschäftigten Arbeitern mitgeteilt wird, sind die Unfälle darauf zurückzuführen, daß bei dem Bau nicht für genügende Schutzvorrichtungen Sorge getragen wurde. Schon längere Zeit ruht die Arbeit an diesen Hallen Aufsehen unter den Passanten hervor. Zu dem Mangel an den nötigen Schutzvorrichtungen kommt, wie uns Arbeiter mitteilen, daß der Bau bis 1. Oktober fertiggestellt sein soll und deshalb die Arbeiten forciert werden. Aufgabe der betreffenden Behörden muß es sein, sich einmal zu informieren, ob den gesetzlichen Sicherheitsvorschriften auf diesem Bau Genüge geleistet wird.

Das achte Opfer der Katastrophe im Botanischen Garten. Das entsehlige Unglück hat nunmehr noch ein Opfer, das achte, gefordert. Vorgestern abend um 8 1/2 Uhr erlag der Diener Christian Schmidt, Thacstr. 42, seinen schweren Verletzungen.

Ich hatte so schwere Quetschungen und Brandwunden erlitten, daß ich das linke Bein amputiert werden mußte. Außerdem hatte er sich einen Bruch der Schädelbasis zugezogen, der nun auch den Tod herbeiführt hat. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. — Leider kann noch keineswegs mit Sicherheit behauptet werden, daß alle übrigen im Elisabeth-Krankenhaus untergebrachten Patienten außer Lebensgefahr sind, vielmehr gibt der Zustand einiger zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß, so daß es mit dem achten Opfer wohl kaum sein Bewenden haben dürfte. Besser steht es mit den Kranken im Urban-, Virchow- und Moabit-Krankenhaus, die sämtlich auf dem Wege der Genesung sind und in einigen Wochen entlassen werden können.

Eine deutsche Zwanzigpfennig-Post nach den Vereinigten Staaten von Amerika geht von Europa wieder am 7. August ab. Sie benutzt den an diesem Tage abgehenden Dampfer der American-Line. Die Post wird dem Dampfer entweder in Southampton oder in Cherbourg zugeführt. Die Postanstalten haben die für diese Dampfer vorliegenden Sendungen möglichst den Postämtern in Bremen oder Strahlburg zuzuführen. Briefsendungen, die zu spät für Bremen oder Strahlburg ausgeliefert werden, gehen zuletzt mit den Bahnposten, die am 6. August abends 6.01 von Köln nach Southampton oder 10.45 von dort nach Cherbourg gehen. Von Strahlburg geht die letzte Post 12.38 nachts. Befördert werden alle Arten von Briefsendungen gegen die Sätze des Weltpostvereins.

Zwei schwere Einbrecher und Autombildiebstahl sind gestern früh von der Schöneberger Kriminalpolizei in der Verion des Chaussees Fritz Seyfert und des Wagenwäschers Julius Rebel festgenommen worden. Wie wir meldeten, war in der vorgezogenen Nacht in der Elektricitätsfabrik von Bergmann, Uhländstr. 77, ein Posten Wummimantel im Werte von 8000 M. gestohlen worden. Auf Grund der

Veröffentlichung meldete sich bei der Kriminalpolizei ein Chauffeur und teilte mit, daß zwei Herren seinen Kraftwagen gemietet hätten, mit der Angabe, sie seien Besitzer des Geschäftes in der Händelstraße 77. Er habe die beiden dort hingefahren und sie dann mit der Diebesbeute nach der Hermannstraße in Rigdorf gebracht. Sofort führten mehrere Kriminalbeamte nach der bezeichneten Wohnung und kamen gerade dort an, als ein Teil der gestohlenen Waren auf einen vor der Tür haltenden Wagen geladen wurde. Die Sachen wurden sofort beschlagnahmt und die beiden genannten Verdächtige, die gemeinschaftlich ein Zimmer bewohnten, in ihrer Stube festgenommen. Es wurden bei den Dieben eine größere Anzahl Automobilreifen vorgefunden, die, wie festgestellt werden konnte, aus verschiedenen Einbrüchen herührten. Die Verhafteten gestanden ein, daß sie seiner Zeit den Aufsehen erregenden Automobildiebstahl unter den Linden verübt und den Kraftwagen auf dem Tempelhofer Felde abmontiert hätten. Außerdem haben sie noch an verschiedenen Stellen der Stadt Automobile gestohlen und die Reifen von den Wagen entfernt. Auch der erwähnte Diebstahl in dem Automobilgeschäft von Franke u. Co., Kottbuscher Damm 67 ist von den Verhafteten verübt worden. Seyfert hatte seine ausgedehnte Bekanntschaft in den Chauffeur- und Automobilportierkreisen benutzt, um die gestohlenen Reifen zu verkaufen unter der Angabe, daß er eine Vertretung für eine Fabrik übernommen habe. — Personen, die von den oben genannten Verbrechen Automobile gekauft oder denen solche zum Kauf angeboten worden sind, werden gebeten sich bei der Schöneberger Kriminalpolizei in der Hauptstraße, Zimmer 1, vormittags zwischen 8 bis 10 Uhr zu melden.

Ein Dauerfahrt unternahm am Mittwochabend das Militär-Luftschiff „Groß II“. 11 Uhr 20 Minuten war es auf dem Tegeeler Schießplatz aufgeflogen und überstieg gestern früh 2 1/2 Uhr Halle in der Richtung Korbeitz; um 8 1/2 Uhr passierte es Weippenfels. Um 7 1/2 Uhr passierte das Luftschiff abermals Weippenfels auf der Rückfahrt in Richtung auf Halle. Nach einer Wendung aus Halle erschien das Luftschiff um 8 1/2 Uhr über dem dortigen Marktplatz, den es zunächst in einem halbkreisförmigen Bogen überflog. Es wurde von dem aus Anlaß des Markttages recht zahlreichen Publikum lustig begrüßt. Wegen der starken Wolkendeckung war das Luftschiff nur schwach zu erkennen. Nachdem es eine Reihe weiterer Manöver ausgeführt hatte, verschwand es in der Richtung nach Südost.

Das Wiedereintreffen in Berlin erfolgte gestern in der dritten Nachmittagsstunde. Um 2 1/2 Uhr schickte man den Ballon über Schöneberg. Er befand sich in einer Höhe von etwa 300 Metern und fuhr in flottem Tempo über das Potsdamer Viertel und den Tiergarten hinweg. Ueber dem Tiergarten machte „Groß II“ eine Wendung nach Nordwesten und flog sodann ohne wesentliche Veränderung seiner Höhenlage nach Tegele.

Von einem Schlächterwagen überfahren und tödlich verletzt wurde vorgestern nachmittag die 13jährige Tochter Elise des in der Tempelhofer Straße Nr. 7 wohnhaften Kaufmanns Heiland. Das Mädchen hatte gegen 3 Uhr einen Straßenbahnzug des Sührings der Südlichen Berliner Vorortbahn benützt und verließ vor dem elterlichen Hause den in voller Fahrt befindlichen Wagon. Die H. kam zu Fall und geriet unter einen unmittelbar hinter dem Straßenbahnwagen folgenden Schlächterwagen, dessen Räder der Bedauernswerten über die Brust hinweggingen. In bewußungslosem Zustande wurde die Verunglückte zunächst nach der nahen elterlichen Wohnung gebracht, wo ein sofort herbeigerufener Arzt eine Zerschütterung des Brustkastens, Bruch des linken Oberarmes, schwere innere Verletzungen und Hautabschürfungen im Gesicht und an den Händen feststellte. Das Mädchen wurde nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt, wo es in hoffnungslosem Zustande daniederliegt.

Von einem sonderbaren Geschehnis wurde am Sonntag der Arbeiter Karl H., Ballisadenstraße, auf einem Ausflug in Nieder-Schöneweide betroffen. Nachdem derselbe im Lokal Barbarossa Einkehr gehalten, begab er sich zur Erholung in die Heide. Kaum hatte er sich hier niedergelassen, als plötzlich ein Mann mit einem Hammer vor ihm stand und ihn drohte niederzuschlagen, wenn er ihm nicht sofort folge. Im nächsten Augenblick traten noch zwei Männer hinzu, die H. packten und aus der Heide führten. Draußen angelangt, empfingen ihn weitere zwei Mann, von denen einer dem H. zwei derbe Schläge ins Gesicht versetzte. Jetzt wurde H. wieder nach dem Lokal Barbarossa zurückgeführt und ein Gendarm herbeigezogen. Dort hielt man ihn, trotzdem der Aermste beteuerte, ein vollständig unbescholtener Mensch zu sein, zwei Stunden fest. Erst nachdem man — wahrscheinlich auf telephonische Erkundigungen — festgestellt hatte, daß gegen H. auch nicht das geringste vorliege, ließ man ihn gehen. Auf wiederholtes Fragen des H., weshalb man ihn denn so behandle, erhielt er keinen Bescheid. Indessen war der so Behandelte schon froh, auch ohne daß man es ihm mitteilte, worum es sich handelte, die unheimliche Stätte verlassen zu können. Am nächsten Tage jedoch begab sich H. mit seinen Invalidentunntungsarten nochmals nach dem Lokal, um die Besitzerin desselben zu befragen, was denn eigentlich die Ursache dieser ihm zuteil gewordenen Behandlung gewesen sei. Jetzt erst wurde ihm der Bescheid, daß bei den anliegenden Laubentkolonisten in letzter Zeit verschiedentlich gestohlen wurde und er durch die Verteilung einer Reihe Umstände in diebischen Verdacht geraten sei. H. machte aus von seinem Mißgeschick Mitteilung, damit das, was ihm passiert ist, nicht auch noch anderen in ferner Gegend begegnet. Es ist in der Tat auch unerhört, daß ein Mensch in so leichtfertiger Weise verdächtigt und obendrein noch mißhandelt wird.

Aus dem vierten Stock gekürzt ist gestern der drei Jahre alte Sohn Erwin der Witwe Voller aus der Choriner Straße 28. Während die Mutter an einem Waschtisch stand, hatte sich der Knabe aus einem Fenster hinausgehängt, verlor das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe auf den Hof hinab. Er erlitt außer Schenkelbrüchen eine Gehirnerschütterung und wurde von der Rettungswache in der Gaudystraße nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht.

In den Nordhafen gesunken und ertrunken ist am Mittwoch der vierjährige Sohn des Schiffers Jahn. Die Leiche wurde bald darauf von der alarmierten Feuerwehr geborgen.

Durch herabfallenden Stuhl des Hauses Frankfurter Chaussee 156 wurde, wie uns nachträglich noch gemeldet wird, am Dienstagabend 7 Uhr der Anstreicher Karl Huppert, Frankfurter Allee 8 wohnhaft, schwer verletzt. H. wurde nach der Rettungswache in der Rathausstraße gebracht, wo der diensthabende Arzt einen Schädelbruch feststellte. Nach Anlegung eines Rotverbandes schaffte man den Verunglückten mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Hier erlag H. kurz nach der Einlieferung seinen Verletzungen. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Das Kaiserin Auguste Victoria-Kind in Charlottenburg, Mollwitzstraße, übernimmt neben der Pflege gesunder und kranker Säuglinge auch die Entbindung und Wochenpflege von Frauen, die schon einige Zeit vor ihrer Niederkunft aufgenommen werden können. Nach der Entbindung gibt die Anstalt den Frauen Gelegenheit, noch einige Wochen mit ihren Kindern zusammen zu bleiben und ihnen die natürliche Nahrung zu geben, da besonders in der ersten Zeit die künstliche Ernährung, die nicht unter sachverständiger Leitung gegeben wird, das Leben manches Kindes gefährdet und vernichtet hat. Es ist das Bestreben der Anstalt, der großen Säuglingssterblichkeit mit Erfolg entgegenzutreten.

Ueber den bevorstehenden Sternschnuppenfall, der alljährlich in der Zeit vom 8. bis 12. August ausbricht und dessen Ausgangspunkt im Sternbild des Perseus liegt, spricht am Sonntag, den 8. August, nachmittags 5 Uhr, Direktor Dr. Archenhold in der Trepptom-Sternwarte. An demselben Tage, abends 7 Uhr, findet ein Vortrag statt über den Planeten Mars, den man eine „zweite Erde“ genannt hat. Am Montag, den 9. August, abends 9 Uhr, wird Dr. Archen-

hold einen Vortrag über „Kometen und Sternschnuppen“ halten. — Die Vorträge sind leicht verständlich und werden den Hörern durch zahlreiche Lichtbilder eingehend erläutert. — Außerdem haben die Besucher Gelegenheit, im großen Fernrohr tagsüber die Sonne und abends Doppelsterne und Nebelwelten sowie auf der Plattform der Sternwarte an die erwähnten Vorträge den August-Sternschnuppensturm zu beobachten zu können. — Ferner stehen den Besuchern der Trepptom-Sternwarte kleinere Fernrohre zur beliebigen Benützung zur Verfügung.

Die Panikstraße wird wegen Kanalarbeiten sofort bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Von Fahrradradern geplündert wurden dieser Tage zwei Arbeiter. In einem Falle wurde auf dem Hofe des Verbandskaufes Große Hamburger Straße 18/19 ein Fahrrad gestohlen. Erkennungszeichen: niedriger Rahmen, birkig emailliert, gelbe holzartige Felgen, zwei beriebene Pedale, neuer Tourensattel mit schwarzen Doppelfeder, Vorderradlenker und 24zölligem Vorderrad. Wer über den Verbleib des Rades Anhaltspunkte angeben kann wird gebeten, sich an Kurt, Stendaler Straße 60 III, zu wenden. — Im zweiten Falle wurde das Fahrrad aus der Wohnung gestohlen. Erkennungszeichen: Marke Lorele, Klenner, harten Holzfelgen mit Dunlop-Drahtreifen, roten Rahmen, Doppelgabel, schwarz lackiert mit roten Strichen, brauner Nennsattel, Gadenpedale, Doppeldickenpfeichen, Lenksäule, nach oben gebogen und vernickelt, Ledergriffe, jedoch beschädigt, Vorderrad mit ganz leichtem flachen Talbot-Gabelschloß. Für die Wiederbringung angemessene Belohnung. Mitteilungen über den Verbleib des Rades werden an Max Lorele, Webersstr. 4, erbeten.

Feuerwehrrichter. In der letzten Nacht kam in der Druckerei von Wasmuth, Architektur-Verlag-A.-G., Feuer aus. Nach mehrstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Fast gleichzeitig kam auf einem Kohlenplatz in der Wandsb. 15 Feuer aus. Eine Wude stand dort in Flammen. Ferner hatte die Wehr in der Schönhauser Allee 57, wo Gardinen und anderes in einer Wohnung in Brand geraten waren, und in der Wandsb. 58 zu tun, wo wollene Decken, ein Korb usw. brannten. In der Ofener Str. 10 brannten Holzlasten und anderes. In der Verlingersstr. 14 wurden Möbel, Gardinen und anderes ein Raub der Flammen. Außerdem liefen noch Alarmer aus der Lindower Str. 14 und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Ein Gebäudeeinsturz ereignete sich vorgestern abend gegen 7 Uhr auf dem Grundstück Nördlichstraße 21. Eine dortselbst befindliche Scheune des Landwirts Benzell, die schon in hohem Grade baufällig war, sollte in den nächsten Tagen ausgebessert werden. Gestern abend nun brach plötzlich das Dach der Scheune sowie ein Teil der Seitentwände unter donnerähnlichem Getöse zusammen. Es verbreitete sich das Geräusch, daß in dem Gebäude sich mehrere Personen befunden hätten, und so wurde die Feuerwehr alarmiert, die jedoch alsbald feststellte, daß der Landwirt und seine sämtlichen Leute auf dem Felde waren und bei dem Einsturz niemand verletzt worden ist. Das stehengebliebene Mauerwerk wurde provisorisch abgestützt, weil die Gefahr vorlag, daß es nach dem nebenliegenden Grundstück hinüberstürzen könnte.

Mordversuch und Selbstmord. Ein blutiges Liebesdrama spielte sich vorgestern am Witternacht vor dem Hause Hermannstr. 122 ab. Der 23jährige Angestellte Mittelstädt, Delbrückstraße wohnhaft, schoß nach einem kurzen Wortwechsel auf seine Braut aus Verirrung und brachte ihr eine leichte Verletzung am Kopfe bei. Der Täter richtete hierauf die Waffe gegen sich selbst und verwundete sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe so schwer, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb.

Schöneberg.

Der hiesige Bildungsausschuß teilt mit: Am Sonntag, den 8. August, findet eine Besichtigung des Botanischen Gartens in Dahlen statt. Die Besichtigung wird unter Führung eines Botanikers vorgenommen und verpricht daher sehr belehrend und unterhaltend zu werden. Treffpunkt früh 9 Uhr an der Friedemanns Brücke, Hauptstr. und Ebersstr. Ecke. Jeder Jugendliche erwünscht.

Schöneberger Männerchor nennt sich der neugebildete Gesangsverein, der am Montag eine größere Anzahl neuer Gesangsfreunde um sich versammelte. Zum Ausdruck kam, daß es unbedingt notwendig wäre, dem Verein mehr Beachtung zu schenken. Auch wird erwartet, daß die sangestüchtigen Genossen mit dazu beitragen, den Männerchor zu verstärken und ihn zu einem leistungsfähigen zu gestalten. Dazu ist jedem Gelegenheit gegeben am Freitag, abends 9 Uhr, im Lokal Buchmann, Vorderstr. 9, wo der Männerchor tag und einweisen seine Übungsstunden abhält.

Wilmerdorf.

Sein diesjähriges Sommerfest veranstaltet am kommenden Sonntag, den 8. August, der örtliche Zahlverein im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112. Auch das diesmalige Arrangement des Vergnügens verspricht einige genutzreiche Stunden, weshalb auf die weitgehendste Unterstützung der gesamten Arbeiterchaft gerechnet wird.

Trepptom-Baumschulweg.

Grober Unfug durch Alarmieren der Feuerwehr wurde am Dienstagabend 9 Uhr durch Melber 7 der erst einen Tag im Betriebe befindlichen Alarmvorrichtung verübt. Der erste Zug der Feuerwehr war auf den Alarmruf hin sofort ausgerückt, fand aber nichts vor. Als Attentäter wurde ein junger Mann aus der Wrangelstraße zu Berlin gefaßt. Dieses schnelle Festnehmen des Unbesitzers ist auf die an den Wäldern befindliche Alarmvorrichtung zurückzuführen. Diese Vorrichtung ist eine Klingel, die laut tönend die Nachbarschaft auf die Benützung des Melders aufmerksam macht.

Nowawes.

Am Sonntag, den 8. August, veranstalten die Jugendauschüsse von Brandenburg und Nowawes einen Ausflug nach Lehnia. Die Nowaweser Jugend versammelte sich um 7 1/2 Uhr morgens im „Volksgarten“, Priesterstr. 31. Abmarsch nach Potsdam 7 1/2 Uhr. Um 8 1/2 Uhr Abfahrt nach Werder. Gegen 11 Uhr treffen die beiden oben genannten Jugendorganisationen in Lehnia zusammen. Im Laufe des Nachmittags finden gemeinschaftliche Faust-, Schleuderball-, Lumburin- und andere Unterhaltungsspiele statt, welche mit einer Preisverteilung enden. Abends 6 Uhr erfolgt der Rückmarsch nach Groß-Kreuz, wo sich die beiden Organisationen trennen, um sich vom Dampfer wieder zurück bringen zu lassen. Der Fahrpreis beträgt für beide Strecken 80 Pf. Wir eruchen alle jugendlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge von Nowawes, sich an diesem Ausflug zu beteiligen, damit derselbe eine recht agitatorische und demonstrative Wirkung ausübt. Ebenfalls richten wir an alle Parteigenossen und Freunde der Jugendbewegung die Bitte, für diese Veranstaltung eine rege Agitation zu entfalten. Der Jugendauschuß.

Vermischtes.

Der „J. II.“ in Köln.

Nachdem bereits am Mittwoch die Reparaturarbeiten an dem Luftschiff beendet waren, erfolgte gestern früh 4 1/2 Uhr die Abfahrt desselben von Frankfurt a. M. nach Köln. Im Weisen einer großen Menschenmenge erhob sich das Luftschiff bei leichtem Nordostwind in die Lüfte, beschrieb einen Bogen um den Flugplatz und verschwand dann in westlicher Richtung. Ueber den Verlauf der Fahrt liegen folgende Meldungen vor:

Limburg a. d. Lahn, 5. August, 6 Uhr 20 Min. früh. Soeben fuhr das Luftschiff „J. II.“ in südwestlicher Richtung über Limburg in schneller Fahrt dahin.

Frankfurt a. M., 5. August. Das Reichsluftschiff „J. II.“ passierte um 6 Uhr 25 Minuten Embs, 6 Uhr 45 Minuten Neuwied, 7 Uhr 23 Minuten Linz, 7 Uhr 30 Minuten Remagen, 7 Uhr 50 Minuten Bonn.

Köln, 5. August, 9 Uhr 50 Minuten vormittags. „J. II.“, dessen Eintreffen von 8 Uhr ab hier erwartet wurde, ist bisher nicht eingetroffen. Um 9 1/2 Uhr wurde seine Anwesenheit aus Brühl gemeldet, wo er aber des dichteren Nebels wegen nicht gesehen werden konnte. „J. II.“ hat einen Abstecher nach Düren unternommen. Um 9 Uhr wurde er in Horrem gesichtet.

Köln, 5. August. Um 10 Uhr 15 Minuten schwebte „J. II.“ über Waghheim zwischen Horrem und Düren. Im Rheinlande herrschte bis in den späten Morgen hinein dichter Nebel, sodass das Luftschiff von vielen Ortschaften nicht gesehen, seine Anwesenheit aber durch das Surren der Propeller festgestellt werden konnte. Doch ist infolge dessen die Bestimmung des jeweiligen Aufenthalts bezw. der Fahrtrichtung des Luftschiffes schwierig.

Köln, 5. August. Das Luftschiff „J. II.“ erschien 10 Uhr 35 Min. vor der Ballonhalle in Wickendorf und nahm seinen Weg nach der Stadt Köln, wo es um 10 Uhr 40 Min. in zirka 200 Meter Höhe gesichtet wurde. Kurz vor dem Kölner Dom senkte sich das Luftschiff und umflog den Dom in einer breiten Schleife. Die auf den Dächern und Straßen harrende Menschenmenge begrüßte sein Erscheinen mit jubelnden Zurufen. Sodann nahm das Luftschiff, nachdem es wieder höher gestiegen war, seinen Weg nach der Landungshalle in Wickendorf.

Köln, 5. August. Das Luftschiff „J. II.“ landete glatt um 11 Uhr 38 Minuten an der Landungshalle in Wickendorf. Um 11 Uhr 45 Minuten befand sich „J. II.“ bereits in der Halle.

Der mutmaßliche Mörder der Witwe Kersten in Marzdorf soll durch die Polizei in Frankfurt a. O. verhaftet worden sein. Es handelt sich um den Reisenden Hermann Lippe, der Vertreter einer Erbschaftsmafrikal ist und auf dessen Spur, wie wir bereits ausführlich berichteten, der Polizeihund „Prina“ geführt hat. Er befreit mit aller Entschiedenheit seine Teilnahme an dem Verbrechen, doch soll sich inzwischen neues Beweismaterial gegen ihn ergeben haben. So haben sich Zeugen gemeldet, denen gegenüber der Reisende angeblich verdächtige Reaktionen gemacht hat. Ferner wollen zwei Männer, die den L. genau kennen, ihn an dem Tage, an welchem der Mord verübt worden ist, mit einem anderen Mann auf der Chaussee zwischen Marzdorf und Frankfurt a. O. gesehen haben.

Ueber einen verhängnisvollen Baunfall auf dem Personenbahnhof in Halle a. S. wird amtlich von gestern gemeldet: Heute vormittag ereignete sich auf dem Personenbahnhof zu Halle a. S. ein bedauerndwerter Unfall. Die Hallenkonstruktion des Berliner Bahnhofes erhält zurzeit einen neuen Anstrich und zu diesem Zwecke ist an der Eisenkonstruktion der Halle ein Gerüst angehängt. Als um 8 Uhr vormittags die Maler das Gerüst mittels einer Leiter verlassen wollten, brach eine Gerüststange und es fielen fünf Mann aus einer Höhe von 4-5 Metern auf den Bahnsteig. Von diesen erlitt einer, der Polier Otto Teschner zu Halle a. S., Mittelstraße 17 wohnhaft, eine schwere, die andern vier leichtere Verletzungen. Sie wurden sämtlich sofort der Univeritätsklinik zugeführt. Der Unfall ist in der Hauptsache auf übermäßige Belastung zurückzuführen, da sich gleichzeitig 20 bis 30 Mann an der Bruchstelle zusammengedrängten, die wegen der Frühstückspause das Gerüst verlassen wollten. Das Gerüst ist von den vereinigten Malermeistern zu Halle a. S. geliefert und aufgestellt. Die amtliche Untersuchung ist im Gange.

Schwere Gavarie des russischen Militärballons. Der russische Militärballon „Utschegry“ ist einer Wendung aus Petersburg zufolge, bei seinem vorgerückten Aufstiege verunglückt. Die Halle ist geplatzt, zwei Schraubensügel sind abgebrochen. Personen sind nicht verletzt worden.

Schiffsbruch. Nach einer Meldung aus Capstadt hat der Dampfer Raori von der Shaw Savill Linie, nach Neufeland bestimmt, zwischen Capstadt und Cape Point Schiffsbruch erlitten. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten sind von dem Schiff neun Personen gelandet und zwei ertrunken.

Einen Flug von zwei Stunden 10 Minuten machte, wie aus Chalons sur Marne gemeldet wird, der Aviatiker Sommer gestern abend mit einem Farmanischen Zweibecker. Er landete wegen Benzinmangels.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 45. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: „Jahresrückblick“ — Ein „sozialistisches Echo“? Von G. Ströbel. — Der Sozialismus in Serbien. Von D. Lukowitsch. — Die Vertreibung des Kleinhandels in den Vereinigten Staaten. Von Hermann Lee. — Zur Situation in der Jugendbewegung. Von Karl Höfcher (Berlin). — Literarische Rundschau: Max Bernow, Allgemeine Ophthologie. Von H. H. H. — „Deutsches satirisches Jahrbuch“. Von ad. br. — Schriftstellerkammer.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 325 Pf. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Bestellungen nehmen jederzeit zur Verfügung.

Wetterungsübersicht vom 5. August 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Luftdruck	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Stationen	Barometer Luftdruck	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter
Erwinde	770 S	1 heiter	16	Caparanda	754 BSB	4 Regen	13		
Camburg	771 BSB	1 Nebel	13	Petersburg	764 B	1 heftig	15		
Berlin	770 BSB	1 heiter	15	Scilly	765 DSD	3 wolkig	16		
Frankfurt a. M.	770 RD	4 halb dd.	14	Übersee	768 BHD	bedeckt	13		
Hannover	768 RD	2 wolkig	12	Paris	769 RD	2 wolkig	13		
Wien	768 RD	2 Regen	15						

Wetterprognose für Freitag, den 6. August 1909.
Etwas wärmer, trocken und vielfach heiter bei meist schwachen Winden aus wechselnder Richtung. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	4. 8.	8. 8.		4. 8.	8. 8.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Mühl	225	+5	Saale, Großh.	102	+26
Bregel, Jüterburg	12	-3	Havel, Spandau	53	-4
Weißel, Thom	86	-4	Kathow	26	+1
Oder, Rathow	129	-4	Spree, Spremberg	83	0
„ Krollen	148	-5	Beesfow	91	-2
„ Frankfurt	190	-3	Bojer, Ründen	-82	-2
Wärthe, Schrimm	46	+4	„ Ründen	74	+24
„ Landsberg	11	-3	„ Markmilsandau	405	-3
Rege, Borsdam	-16	-1	„ Raub	295	-6
Elbe, Leimberg	27	-7	„ Köln	277	-6
„ Dresden	-80	+10	„ Redar, Heilbrom	58	+2
„ Borsig	137	-5	„ Rain, Wertheim	125	+2
„ Magdeburg	124	-4	„ Rojel, Trier	61	+1

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterseeel.